

Carlos Collado Seidel

Spaniens tiefgreifender religiöser Identitätswandel

Die spanische Gesellschaft hat in den letzten Dekaden einen rasanten Wandel erfahren, und die Veränderungen in den Wertvorstellungen und Einstellungen hatten grundlegende Auswirkungen auf die Haltung gegenüber der Kirche als Institution und im Hinblick auf die Religiosität. Aber auch die katholische Kirche selbst erlebte in den vergangenen 50 Jahren tiefgreifende Veränderungen, die sich deutlich folgenreicher manifestierten als in anderen europäischen Ländern.

1. Reformprozesse und Re-Evangelisierungsoffensive

Zur Erklärung der Situation, in der sich die religiöse Frage heute in Spanien befindet, müssen die Rahmenbedingungen kurz beleuchtet werden, in denen sich die katholische Kirche während der Diktatur des Generals Franco (1936–1975) bewegte. Seit den ersten Tagen des Bürgerkriegs (1936–1939) bildete die katholische Kirche eine der tragenden Säulen, auf denen das ideologische Gerüst der Diktatur ruhte. Sie hatte die ihr zugewiesene Rolle innerhalb des Regimes gern angenommen und wurde in Fragen der Moral zur ausschließlichen gesellschaftsnormierenden Instanz. Dabei verschloss sie sich bewusst allen intellektuellen Strömungen, die nicht einer absolut doktrinären Orthodoxie entsprachen. Der Begriff "Nationalkatholizismus" umschreibt nicht nur die enge Verbundenheit, die zwischen dem Regime und der Kirche in dieser Zeit bestand, sondern auch eine starke doktrinäre Abschottung. Das Konkordat aus dem Jahr 1953 stellt den Höhepunkt dieser Entwicklung dar, da darin die Rahmenbedingungen für eine im modernen Europa längst überwundene Vernetzung von Staat und Kirche geschaffen wurden. Die Kirche erhielt vom spanischen Staat Privilegien und einen weitgefassten Aktionsrahmen, und der Staat bekannte sich ausdrücklich und ausschließlich zum Katholizismus als Staatsreligion.

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) als Antwort der Kirche auf die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen und Dialogangebot an die Moderne traf die Kirche in Spanien völlig unvorbereitet und erzwang einen Umdenkungsprozess, durch den die Identifikation der Kirchenleitung mit dem Franco-Regime zu schwinden begann. Für die Kirche in Spanien bedeuteten die Ergebnisse des Konzils eine radikale Abkehr von bis dahin gültigen Maßstäben. So musste die spanische Kirche die neuen liturgischen Richtlinien übernehmen, den Vorgaben im Hinblick auf die

Kollegialität der Bischöfe durch die Schaffung einer Bischofskonferenz entsprechen und eine größere Beteiligung von Laien am Kirchenleben zulassen. Von allerhöchster kirchlicher Instanz wurden nun auch die engen Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Frage gestellt. Im Vatikan wurden Dokumente verabschiedet, die sich für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Menschenrechte, freie Äußerung politischer Überzeugungen und sogar ausdrücklich für eine Trennung von Staat und Kirche aussprachen. Die Ergebnisse des Konzils widersprachen damit aufs Deutlichste der in Spanien gelebten Situation. Die Hierarchie musste sich die neuen Leitlinien zu eigen machen, ob sie wollte oder nicht.

Während die Kirchenleitung auf die Veränderungen verhalten und nicht selten mit Bestürzung reagierte, erfuhren die Ergebnisse des Konzils in den Reihen des jungen Klerus und kirchlicher Laienorganisationen wie den *Hermandades Obreras de Acción Católica* (HOAC) und der *Juventud Obrera Católica* (JOC) deutlichen Zuspruch. Im Gefolge der im Laufe der 60er Jahre erfolgten Industrialisierung sah die junge Klerikergeneration ihre Aufgabe vor allem in der pastoralen Betreuung der rapide wachsenden Arbeiterschaft, und sie nahm sich der Belange dieser Menschen und ihrer sozialen Situation an. Schnell geriet sie damit in politisches Fahrwasser und damit in Opposition zum Regime. Priester und kirchliche Gruppierungen unterstützten auch die Forderung nach politischen Freiheiten im Baskenland und in Katalonien und traten für freie kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten ein. Sie unterstützten mitunter sogar den bewaffneten Widerstand gegen die Diktatur. Der Vatikan forcierte die Reformprozesse zusätzlich, was sich vor allem darin manifestierte, dass vakante Bischofsstühle mit als progressiv geltenden Kirchenmännern besetzt wurden oder als konservativ eingestuften Würdenträgern ein Weihbischof als Korrektiv zur Seite gestellt wurde. In der Folge dieser grundlegenden Veränderungen kam es erwartungsgemäß zu immer stärkeren Spannungen im Verhältnis zwischen der Kirche und dem Regime. Symptomatisch für diesen Kurswechsel, der sich unter der Leitung von Kardinal Vicente Enrique y Tarancón als Vorsitzendem der spanischen Bischofskonferenz vollzog, war die aufsehenerregende im Rahmen einer Versammlung von Vertretern der spanischen Diözesen 1971 verabschiedete EntschlieÙung, in der ein tiefempfundenes Bedauern für die Parteinahme des Klerus während des Bürgerkriegs zum Ausdruck gebracht wurde.¹ Nach Übergriffen der spanischen Sicherheitsorgane auf Kleriker und einer hitzigen Debatte um politische Äußerungen des Bischofs von Bilbao, Antonio Añoveros, kam es 1974 sogar beinahe zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan. Die Kirche hatte damit eine Position eingenommen, von der aus sie in den Jahren

¹ Die EntschlieÙung verfehlte allerdings knapp die für eine offizielle Verabschiedung notwendige Zweidrittelmehrheit. Vgl. Secretariado Nacional del Clero 1971: 171.

des politischen Übergangs zur Demokratie nach 1975 nicht mehr ohne Weiteres mit der franquistischen Diktatur identifiziert werden konnte. Sie hatte somit noch vor dem Beginn der *transición* ihren eigenen, für viele Mitglieder des Klerus und vor allem für die Kirchenobrigkeit schmerzhaften Wandlungsprozess hinter sich gebracht. Die Aussagen des Konzils verhinderten zudem eine aktive politische Parteinahme. Die Kirche hielt sich in diesen Jahren betont im Hintergrund. Nicht zuletzt aufgrund ihres vormals engen Bündnisses mit der Diktatur kam es auch zu keiner Gründung einer christlich geprägten politischen Partei wie der *Democrazia Cristiana* in Italien oder der Unionsparteien in der Bundesrepublik Deutschland. Nachdem die Kirche in früheren Zeiten immer wieder die Ursache für politische Spannungen und von Gewalt begleiteten Auseinandersetzungen gewesen war, konnte sie aufgrund ihrer ausdrücklichen Zurückhaltung während der *transición* eine stabilisierende Rolle spielen.²

Die Bestimmungen der Verfassung von 1978 bildeten schließlich die Grundlage für die Beziehungen zwischen der Amtskirche und der zivilen Gewalt. Artikel 16, 3 schreibt die konfessionelle Neutralität des Staates fest, sämtliche Glaubensbekenntnisse werden gleich behandelt. Nur ganz nebenbei wird die katholische Kirche namentlich erwähnt: "Es gibt keine Staatsreligion. Die öffentliche Gewalt berücksichtigt die religiösen Anschauungen der spanischen Gesellschaft und unterhält die entsprechenden kooperativen Beziehungen zur katholischen Kirche und den weiteren Konfessionen." Im Jahr 1979 vereinbarten der Vatikan und Spanien darüber hinaus eine Reihe von Abkommen, die das Konkordat aus dem Jahr 1953 ablösten. In diesen Abkommen wurden die Grundlagen für eine Regelung der Interferenzbereiche zwischen Staat und Kirche geregelt: juristischer Status der Kirche in Spanien, kulturelle Fragen, finanzielle Angelegenheiten sowie Klerus und Streitkräfte. Damit war der Handlungsrahmen in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche abgesteckt.

Mit dem Pontifikatsantritt von Johannes Paul II. 1978 war allerdings die Zeit der Zurückhaltung vorbei. Nun wurden die Zügel nach Innen wieder angezogen, um die als verwirrend bezeichnete postkonziliäre Dynamik in geordnete Bahnen zu lenken.³ Vor allem wurde nun auch die Aufgabe der Re-Evangelisierung einer sich im Umbruch befindlichen und von der Kirche abwendenden Gesellschaft angegangen. Dieser Kurswechsel fiel symbolhaft mit der Pastoralreise des Papstes nach Spanien

2 Zur Rolle der Kirche während der *transición* siehe die Überblicksdarstellung in Collado Seidel 1993; zur Kirche in Spaniens Geschichte vgl. Bernecker 1995.

3 So stellte diesbezüglich Kardinal Enrique y Tarancón fest: "Der Papst ist davon überzeugt, dass er die Aufgabe hat, für Klarheit zu sorgen, wo Verwirrung herrscht, und Disziplin herzustellen, wo Anarchie herrscht" (Martin Descalzo 1982: 245).

im Jahr 1982 und dem Sieg der Sozialistischen Partei (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE) bei den Parlamentswahlen im selben Jahr zusammen. Bei dieser Reise pries Johannes Paul II. Spanien (zusammen mit Polen) als spirituelle Reserve Europas, von der die Re-Evangelisierung des gesamten Kontinents ausgehen sollte. Die Etappe der selbst auferlegten Zurückhaltung war damit zu Ende. So wurde nun nicht mehr allein die Stimme gegen die vermeintlichen Irrwege einer rasanten Modernisierungsprozessen ausgesetzten Gesellschaft erhoben. Ausgehend von einem Weltbild, in dem der Laizismus die katholische Identität bedrohe, wurde die Rückeroberung des verloren gegangenen Terrains anvisiert. Mittels einer aktiven Präsenz und einer offensiven Missionierungsarbeit sollten der Kampf aufgenommen und die "Kräfte der Säkularisation" zurückgedrängt werden. Entsprechend begann die Kirchenleitung, sich gegen die Privatisierung des Glaubens während der vorangegangenen Jahre zu wenden. Auch sollte Konflikten mit der Politik und anderen gesellschaftlichen Kräften nicht mehr ausgewichen werden. In der Folge gerieten moralische Vorstellungen weiter Teile der Gesellschaft und die Lehre der katholischen Kirche zwangsläufig aneinander.

2. Neue Kirchenbewegungen und Präsenz im öffentlichen Raum

Die Re-Evangelisierungsarbeit sollte dabei nicht allein über das Priesteramt, sondern vor allem auch über Laiengruppen vorangetrieben werden, deren Mitglieder in die Gesellschaft integriert sind und die durch ein auf Gott ausgerichtetes Leben christliche Werte und Tugenden in die Gesellschaft hineintragen sollten. Während in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts diese Aufgabe insbesondere durch die einflussreiche Laienorganisation *Acción Católica* wahrgenommen worden war, wurde im Pontifikat von Johannes Paul II. das disziplinierte und hierarchisch gegliederte *Opus Dei* mit gegenwärtig etwa 33.000 Mitgliedern in Spanien zu einem wichtigen Baustein dieser Missionierungsoffensive. So kann es nicht verwundern, dass der Gründer des *Opus Dei* alsbald nach seinem Tod selig- und 2002 sogar heiliggesprochen wurde. Damit erhielt die Organisation weitere Impulse. Nachdem sich das *Opus Dei* mit der Demokratisierung und vor allem dem Regierungsantritt der Sozialisten über Jahre in der Defensive befunden hatte, erlebte es nun eine Renaissance. Gerade innerhalb der konservativen Volkspartei (*Partido Popular*, PP) besetzten Mitglieder dieser Organisation herausragende Positionen und hatten, wie im Fall von Federico Trillo, zeitweise Regierungsämtel inne. Aber auch innerhalb der Kirche ist das *Opus Dei* trotz nach wie vor bestehender Vorbehalte aus seinem Schattendasein herausgetreten. Unter der Patronage von Johannes Paul II. übernahmen Priester des Ordens höchste Ämter. In Spanien steht dem Erzbischof Burgos seit

2002 mit Francisco Gil Hellín ein Mitglied der *Sociedad Sacerdotal de la Santa Cruz* vor. Zu den Organisationen, die wie das *Opus Dei* vor allem darauf abzielen, Schlüsselpositionen in der Gesellschaft zu besetzen, und in Spanien stark vertreten sind, zählen auch die "Legionäre Christi". Diese Organisation, die ebenfalls während des Pontifikats von Johannes Paul II. tatkräftige Unterstützung erfuhr, war von Marcial Maciel in Mexiko gegründet worden, hatte aber 1946 ihren Sitz nach Spanien verlegt. Wie das *Opus Dei* betreiben die "Legionäre Christi" eine Universität sowie der Elitenbildung verschriebene Schulen, die zum Hauptrekrutierungsfeld für den Nachwuchs wurden. Auch den "Legionären Christi" ist es inzwischen gelungen, in Führungszirkel von Politik und Wirtschaft vorzustoßen. So gehören die ehemaligen konservativen Minister Ángel Acebes und José María Michavila dieser Organisation an, die auch im persönlichen Umfeld des ehemaligen Ministerpräsidenten José María Aznar starke Fürsprecher hat.

Der Neokatechumenale Weg als weitere in Spanien stark präsenzte Bewegung bemüht sich, möglichst breite Massen getaufter Katholiken anzusprechen, die sich von der Kirche distanziert haben. Diese Bewegung hatte ihren Ursprung in den 60er Jahren in einem Vorort von Madrid als christliche Basisgemeinde unter der charismatischen Führung von Kiko Argüello. Anfängliche Vorbehalte innerhalb der Kirchenleitung und vor allem seitens der Glaubenskongregation – den "Kikos" wurde zunächst eine Nähe zur Befreiungstheologie attestiert – gehören spätestens seit den 90er Jahren der Vergangenheit an. Inzwischen ist die Zahl der Anhänger des Neokatechumenalen Weges weltweit auf etwa eine Million gestiegen, wobei sich die Mitgliederstärke in Spanien mit etwa 86.000 eher bescheiden ausnimmt. Insgesamt wird die Zahl der Personen, die in Spanien Mitglied einer der vielen neuen kirchlichen Bewegungen – unter ihnen auch die Fokolar-Bewegung oder *Comunione e Liberazione* – auf etwa eine halbe Million geschätzt. Damit sind institutionell verankerte und dem Vatikan treu ergebene Organisationen entstanden, die zu den wichtigen Werkzeugen der Re-Evangelisierung der Gesellschaft zählen. Allerdings stellen diese Bewegungen auch eine teilweise nicht unumstrittene Minderheit innerhalb der Kirche dar. So wird selbst in Kirchenkreisen an diesen Organisationen Kritik geübt, wobei vor allem der Vorwurf des Sektierertums und des Fundamentalismus erhoben wird.

In der Tat scheint die Kirche durch diese Bewegungen an Vitalität gewonnen zu haben, wie auch die große Anziehungskraft belegt, die von den Reisen des Papstes ausging. So fanden im Juni 2006 im Rahmen des Welttreffens der Familien in Valencia Hunderttausende zusammen. Auch der Amtskirche nahestehenden Organisationen wie der *Confederación Católica de Asociaciones de Padres de Alumnos* (CONCAPA) gelingt es, Hunderttausende gegen als laizistisch gezeißelte Reformvorhaben der sozi-

alistischen Regierung zu mobilisieren. Allerdings wird in diesem Zusammenhang auch auf den hohen Organisationsgrad dieser Vereinigungen sowie deren Bereitschaft verwiesen, ihr Glaubensbekenntnis durch die Teilnahme an Massenveranstaltungen öffentlich abzulegen, was über deren tatsächliches Gewicht innerhalb der Gesellschaft hinwegtäusche.

Die Kirche und kirchennahe Organisationen bedienen sich inzwischen auch speziell der Mittel der modernen Kommunikationsgesellschaft, um ihre Präsenz im öffentlichen Raum zu stärken. Nachdem ihre Medienwirkung nach Wiedereinführung der Pressefreiheit zunächst drastisch zurückgegangen war und 1996 schließlich auch das einstige publizistische Flaggschiff, die Tageszeitung *Ya*, ihr Erscheinen einstellen musste, ist es der Kirche inzwischen wieder gelungen, konkurrenzfähig zu sein. So stehen hinter der recht erfolgreichen Tageszeitung *La Razón* die "Legionäre Christi". Außerordentlich erfolgreich ist die Kirche aber vor allem im Rundfunkbereich. Die spanische Bischofskonferenz ist Mehrheitseignerin am Radiosender COPE (*Cadena de Ondas Populares*), einem der beliebtesten Sender in Spanien. Das liegt daran, dass gerade kein ausgesprochen klerikales, sondern ein populäres Programm geboten wird, das vor allem zu einem Mittel der sozialen Polarisierung und politischen Agitation geworden ist. Bezeichnend ist hierbei, dass die Führungspositionen innerhalb des Senders mit Mitgliedern der sogenannten neokonservativen Kirchenbewegung wie *Comunión y Liberación* oder der Fokolar-Bewegung besetzt wurden. Inzwischen treten Bischöfe auch wie selbstverständlich in Talkshows auf oder beteiligen sich medienwirksam an Demonstrationen. Die Kirche nutzt damit ihr gesellschaftliches Gewicht, um die öffentliche Meinung jenseits der Kirchenkanzeln zu beeinflussen.

Von beträchtlicher Wirkung als Mittel, die Präsenz der Kirche innerhalb der Gesellschaft zu stärken, ist auch die durch die spanische Bischofskonferenz betriebene Seligsprechung von etwa 10.000 Menschen, die während des Bürgerkriegs aus religiösen Motiven ihr Leben verloren. Diese gewaltige Zahl ist noch beeindruckender angesichts der ohnehin außerordentlich eifrigen Praxis von Johannes Paul II., der im Verlauf seines Pontifikats mit 1.339 Seligsprechungen und 438 Heiligsprechungen bereits alle kirchenhistorischen Rekorde brach. Die Ende Oktober 2007 im Beisein von etwa 50.000 spanischen Pilgern auf dem Petersplatz in Rom erfolgte Seligsprechung von 498 "Märtyrern des Bürgerkriegs" wurde jedenfalls – als größte Zeremonie dieser Art in der Kirchengeschichte – mit großem Aufwand in Szene gesetzt und von den Medien mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

3. Lehre ohne Anklang

Während der Diktatur General Francos war Spanien, wie bereits erwähnt, ein konfessioneller Staat. Der römisch-katholische Glaube war ausdrücklich das Religionsbekenntnis des spanischen Volkes. Über den tatsächlichen Grad an Religiosität der Bevölkerung lassen sich für diese Zeit allerdings kaum solide Aussagen treffen, da für die Zeit der Franco-Diktatur hierzu keine verlässlichen Meinungsumfragen vorliegen. Für den Soziologen Víctor Pérez Díaz (1987: 447ff.) war diese Zeit von einer bürgerlichen oder folkloristischen Religiosität geprägt, die sich in feierlichen Zereemonien, routinemäßigem Kirchgang, regelmäßigem Empfang der Sakramente ohne aufrichtige religiöse Überzeugung oder tiefe Gläubigkeit äußerte. Der soziale Druck, der von der Kirche aufgrund ihrer normierenden Rolle ausging, führte zur Aufrechterhaltung dieser Scheinreligiosität (Blanch 1988: 28). So nimmt es nicht wunder, dass nach Francos Tod mit dem Verschwinden des auf der kirchlichen Lehre basierenden sozialen Korsetts der Eifer in der religiösen Praxis stark nachließ.

Aufgrund der für Katholiken zentralen Bedeutung des sonntäglichen Kirchgangs wird dieser als wichtige Bezugsgröße zur Ermittlung des Bindungsgrades der Gläubigen an die Amtskirche herangezogen. Auf dieser Grundlage lässt sich feststellen, dass die Zahl der Personen, die sich als praktizierende Katholiken bezeichneten, in den ersten Jahren des Übergangs zur Demokratie zunächst rapide abnahm. Während 1976 immerhin noch 56% der Befragten angaben, praktizierende Katholiken zu sein (also wöchentlich einen Gottesdienst zu besuchen), fiel der Anteil bis 1983 auf 31% (Recio / Uña / Díaz-Salazar 1990: 53ff.). Diese Daten widersprechen zwar teilweise den Ergebnissen anderer Erhebungen, doch kann übereinstimmend festgestellt werden, dass in den Jahren zwischen Francos Tod und dem Sieg der Sozialisten bei den Parlamentswahlen von 1982 eine starke Abkehr von der katholischen Kirche stattfand.⁴ Während die religiöse Praxis in den Folgejahren bis etwa Mitte der 90er Jahre relativ konstant blieb, hat die Entfremdung in den letzten zehn Jahren wieder drastisch zugenommen. Nach Ergebnissen der *European Values Study* sank bis zum Jahr 1999 der Anteil der praktizierenden Katholiken auf 25% (Orizo / Elzo 2000: 195; Orizo 1991: 126); gegenwärtig liegt er sogar nur noch bei etwa 17%.⁵ Dieser starke Rückgang fiel kurioserweise weitgehend mit den Regierungsjahren der konservativen Volkspartei (1996–2004) zusammen, die sich in dieser Zeit nachdrücklich für eine Stärkung der öffentlichen Präsenz der Kirche einsetzte. Die für die Kirche nega-

4 José Ramón Montero, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 179ff.

5 Vgl. hier und im Folgenden die als "Barómetros" publizierten Umfragen des *Centro de Investigaciones Sociológicas* (CIS): <http://www.cis.es/cis/opencms/ES/2_barometros/> (20.2.2008); hier "Barómetro" vom November 2007.

tive Tendenz wird in jenen Gegenden Spaniens besonders sichtbar, in denen wie im Baskenland und Navarra bis vor wenigen Jahren eine mehrheitliche Identifikation mit der katholischen Kirche bestand (Orizo / Elzo 2000: 196).

Auch die Identifikation mit dem Katholizismus hat dramatisch nachgelassen. Während zu Beginn des Übergangs zur Demokratie noch 98% der Bevölkerung angaben, Katholiken zu sein, ist der Anteil inzwischen auf 77% gesunken.⁶ Selbst für einen Großteil der Personen, die sich als Katholiken verstehen, bedeutet dies nach Überzeugung des Theologen Juan José Tamayo lediglich, dass sie getauft wurden und in einem katholischen kulturellen Umfeld aufwuchsen, ohne dass dies irgendwelche Verpflichtungen impliziere. Die Verbindung zur Kirche beschränke sich vielmehr auf kulturell bedingte Rituale wie Taufe, Kommunion oder Trauung. Selbst für einen Großteil derjenigen, die sich als praktizierende Katholiken bezeichnen, kann Tamayo keine weitergehende Selbstverpflichtung erkennen. Lediglich ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung vertrete und verinnerliche den katholischen Glauben gemäß der kirchlichen Lehre. Damit bildet Spanien inzwischen das Schlusslicht im Vergleich mit jenen europäischen Nationen, die wie Italien, Österreich oder Polen als traditionell katholisch gelten. Für Tamayo lebt das "katholische Spanien" lediglich als Mythos weiter (Fernández 2005).

Unter den Argumenten zur Erklärung der Entfremdung von der katholischen Kirche wird neben spirituellen Gründen vor allem die Ablehnung moralischer Grundsätze der Kirche angeführt (Juárez 1994: 759). Innerhalb der spanischen Gesellschaft werden mehrheitlich Haltungen vertreten, die den Vorgaben der Kirche diametral entgegenstehen. So teilen inzwischen nahezu 80% der Bevölkerung die Einstellung, dass die Scheidung im Fall der grundlegenden Zerrüttung einer Beziehung eine sinnvolle Lösung ist. Nahezu drei Viertel der Bevölkerung finden es nicht verwerflich, dass Paare, auch wenn sie keinerlei Absicht hegen, den Ehebund einzugehen, ohne Trauschein zusammenleben. Eine breite Mehrheit lehnt zudem die Einstellung ab, dass Paare, die die Absicht haben, Kinder zu zeugen, aus diesem Grund heiraten müssen.⁷ Lediglich jeder Fünfte ist der Ansicht, dass Homosexualität etwas Unnatürliches ist, und nur jeder Achte hält sie für krankhaft.⁸ Auch die Haltung der Kirche gegenüber Empfängnisverhütungsmitteln wird lediglich von einer insignifikanten Minderheit unterstützt. Dies alles sind Themen, bei denen die Kirche innerhalb der Gesellschaft über keiner-

6 CIS: "Barómetro" vom April 2007.

7 Vgl. hier und im Folgenden die als "Estudios" publizierten Umfragen des CIS: <http://www.cis.es/cis/opencms/ES1_encuestas/> (20.2.2008); hier Nr. 2529, "Familia y género" (25.6.2003).

8 CIS: "Barómetro" vom Juni 2004.

lei Autorität mehr verfügt und keinerlei Aussicht besteht, dass sie sich in absehbarer Zukunft wieder Gehör verschaffen könnte. Selbst auf dem Höhepunkt der massiven Mobilisierung der Kirche gegen das Vorhaben der sozialistischen Regierung, im Ehe-recht gleichgeschlechtliche Bindungen den heterosexuellen gleichzustellen, sprach sich, wie Meinungsumfragen ergaben, nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung gegen das Projekt aus.⁹ Allein im Hinblick auf den Schwangerschaftsabbruch oder die in Spanien ebenfalls heftig diskutierte aktive Sterbehilfe könnte die Kirche behaupten, auf größere Akzeptanz zu stoßen, wenngleich auch in diesen Fragen keine Bevölke-rungsmehrheit ihre Positionen vertritt (Orizo / Elzo 2000: 195).

Entsprechend groß ist auch die Skepsis gegenüber Glaubensinhalten und Dog-men. Während der Glaube an Gott noch mehrheitlich vertreten wird, rangieren die Dogmen von der Unfehlbarkeit des Papstes und der unbefleckten Empfängnis bei Umfragen üblicherweise am unteren Rand der Skala. Auch der Glaube an den Teufel, die Hölle und das Fegefeuer wird nicht von allen praktizierenden Katholiken geteilt.¹⁰ Bestimmte Sakramente wie die Taufe oder die Trauung stoßen zwar noch auf eine breite Akzeptanz, doch lässt sich auch hier eine wachsende Entfremdung feststellen. Geschätzt wird vor allem der festliche Charakter der Zeremonien, womit eine Sinn-entleerung der Sakramente einhergeht. So gaben bei einer Meinungsumfrage im Jahr 2002 etwa drei Viertel der Befragten zwar an, ihre Kinder taufen lassen zu wollen; doch lediglich etwa ein Drittel hielt dies für eine moralische Verpflichtung.¹¹

Über 80% der Befragten gaben an, dass sie keine grundlegenden Einwände hät-ten, wenn eines der eigenen Kinder jemanden ehelichen würde, der einer anderen Religion angehört, ohne Trauschein in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben wür-de oder uneheliche Kinder hätte.¹² Jüngste Statistiken belegen darüber hinaus eine weitere für die Kirche negative Tendenz: Der Anteil ausschließlich standesamtlicher Trauungen hat sich in der letzten Dekade auf über 44% nahezu verdoppelt; in Kata-lonien wurden 2006 sogar fast zwei Drittel aller Ehen ohne kirchlichen Beistand geschlossen. Der Anteil der Taufen ist zwischen 2001 und 2005 von 65 auf 57% der Geburtsjahrgänge gesunken. Auch werden seit einigen Jahren über ein Viertel aller Kinder eines Jahrgangs außerhalb der Ehe geboren.¹³ Selbst der kulturelle Bezug zur Kirche ist damit im Schwinden begriffen.

9 CIS: "Estudio" Nr. 2578, "Opiniones y actitudes sobre la familia" (29.10.2004).

10 Orizo / Elzo 2000: 199; CIS: "Estudio" Nr. 2443, "Actitudes y creencias religiosas" (19.1.2002).

11 CIS: "Estudio" Nr. 2443, "Actitudes y creencias religiosas" (19.1.2002).

12 CIS: "Estudio" Nr. 2442, "Actitudes y valores en las relaciones interpersonales (II)" (10.1.2002).

13 Vgl. die Angaben in *El País* vom 10.1.2008, die auf Daten des *Instituto Nacional de Estadística* (INE) und Angaben der spanischen Bischofskonferenz basieren.

Diese Relativierung der Glaubensinhalte hat wiederum dazu geführt, dass sich die Kirche mitunter als Supermarkt vorkommt, in dem die Angebote je nach Bedarf wahrgenommen werden. Entsprechend trägt eine Studie des Theologen Alberto Moncada (1997) den bezeichnenden Titel *Religión a la carta*, womit gemeint ist, dass die meisten Gläubigen aus den als Angebotspalette aufgefassten Dogmen sich ihr persönliches Menu zusammenstellen. So glauben manche zwar an den Himmel, gleichzeitig aber nicht an die Hölle; und praktizierende Katholiken benutzen Empfängnisverhütungsmittel oder leben in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften. Dies alles vollzieht sich, ohne dass sich bei den Betroffenen Schuldgefühle einstellen oder diese gar den Eindruck hätten, sich auf einem Irrweg zu befinden.

Stellungnahmen zu Fragen der Lebensführung seitens der Kirche stoßen ebenfalls auf eine weitverbreitete Ablehnung. Dies betrifft zunächst Felder, die keinen unmittelbaren Bezug zur Seelsorge haben. So sind laut Umfragen über 80% der Bevölkerung der Ansicht, dass die Kirche nicht versuchen sollte, auf die Wahlentscheidungen der Menschen Einfluss zu nehmen, und sich auch nicht in Entscheidungen der Regierung einmischen sollte.¹⁴ Nicht einmal 10% vertreten die Ansicht, dass es Politikern, die nicht an Gott glauben, an der charakterlichen Eignung mangle, ein öffentliches Amt auszuüben (Orizo / Elzo 2000: 212). Dagegen sind über 80% der Bevölkerung der Ansicht, dass die Kirche auf Fragen des Familienlebens oder im Hinblick auf soziale Probleme keine adäquaten Antworten zu bieten hat (Orizo / Elzo 2000: 198). Vorschläge wie der des Sprechers der spanischen Bischofskonferenz vom März 2005, wonach Witwen mit kleineren Kindern möglichst rasch wieder heiraten sollten, um den Sprösslingen das notwendige Familiengefühl zu vermitteln, führen bestenfalls zu einem allgemeinen Amusement. Meinungsumfragen belegen zudem, dass der durch die Kirche so vehement beklagte Werteverfall für den allergrößten Teil der Bevölkerung kein besonderes Thema ist: Er rangiert weit abgeschlagen hinter Themen wie Arbeitslosigkeit, Zuwanderung von Ausländern, öffentliche Sicherheit, Terrorismus, Wohnungsnot oder materielle Sicherheit. Nur eine sehr kleine Minderheit ist der Ansicht, dass der Werteverlust eines der Hauptprobleme der spanischen Gesellschaft darstellt.¹⁵

Die Kritik an der Einmischung der Kirche in öffentliche Debatten wird häufig auf die Erfahrungen aus der Zeit des "Nationalkatholizismus" zurückgeführt, als ihre in alle Lebensbereiche hineinwirkende Dominanz als bedrückend und belastend empfunden wurde. Dieses Argument kann aber wohl lediglich die Reaktionen eines Teils der Gesellschaft erklären. So ist vielmehr zu berücksichtigen, dass die in den

14 CIS: "Estudio" Nr. 2443, "Actitudes y creencias religiosas" (19.1.2002).

15 CIS: "Barómetro" vom Mai 2006.

letzten Jahren stetig gewachsene Ablehnungshaltung mit einer zunehmenden Aggressivität des Episkopats in öffentlichen Stellungnahmen einherging. Zudem muss berücksichtigt werden, dass diese Ablehnung gerade bei jungen Menschen, die die Zeit des "Nationalkatholizismus" nicht mehr erlebt haben, besonders stark verbreitet ist. So sieht sich die Kirche – anders als in früheren Zeiten – auch mit einem insgesamt sinkenden Prestige innerhalb der Gesellschaft und insbesondere bei der jungen Generation konfrontiert. Im Vergleich mit anderen Institutionen rangierte sie in den 90er Jahren im unteren Mittelfeld, meist nach dem Bildungssystem, dem Parlament, dem Gesundheitssystem oder dem Justizwesen – Bereiche, die zudem alleamt durch negative Schlagzeilen aufgefallen waren.¹⁶ Dieses schlechte Image hat sich in den letzten Jahren weiter verbreitet. Ende 2006 rangierte die Kirche in einer landesweiten Umfrage nur noch auf dem vorletzten Platz.¹⁷

Die negative Außenwirkung der Kirche führt mit dazu, dass die Zahl junger Männer und Frauen, die sich für ein Leben als Ordens- oder Weltgeistliche entscheiden, keineswegs ausreicht, um die demographische Krise des spanischen Klerus abzuwenden. Dieses Problem belastet die Kirche bereits seit den 60er Jahren, als die grundlegenden Veränderungen innerhalb der Kirche zu einer starken Verunsicherung des Klerus und damit bei einer großen Zahl von Geistlichen zur Rückversetzung in den Laienstand geführt hatten. Hinzu kam damals, dass die seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre entstehende moderne Industriegesellschaft attraktive Alternativen der Lebensgestaltung bot. Anfang der 80er Jahre war der Höhepunkt der Laisierungswelle zwar überwunden; Anlass zur Beruhigung hatte die Kirchenleitung aber nicht. So überstieg nun die Zahl der kirchlichen Ordinationen zwar die der Austritte; doch sie reichte bei weitem nicht aus, um die Todesfälle auszugleichen. Die Folge dieser anhaltenden Entwicklung ist, dass sehr viele Pfarreien inzwischen verwaist sind. 1999 hatten von den insgesamt etwa 22.000 Pfarreien über die Hälfte keinen eigenen Pfarrer mehr; und während das Durchschnittsalter im Klerus Anfang der 80er Jahre noch knapp 50 Jahre betrug, ist gegenwärtig mehr als die Hälfte über 65 Jahre alt.¹⁸

Die Abnahme der religiösen Praxis und der Identifikation mit der katholischen Kirche ist wiederum bei der Jugend besonders manifest. Die gegenwärtige Situation muss hierbei sogar als für die Kirche katastrophal bezeichnet werden, wie die Ergebnisse einer durch eine kirchennahe Stiftung in Auftrag gegebenen soziologischen Untersuchung zeigen: Während im Jahr 1999 noch 18% der unter 25-Jährigen anga-

16 Orizo / Elzo 2000: 197; CIS: "Estudio" Nr. 2443, "Actitudes y creencias religiosas" (19.1.2002).

17 Vgl. hierzu *El País* vom 10.1.2008.

18 Zahlenangaben nach Díaz Mozaz 1996: 433. Vgl. ferner *El País* vom 23.3.1997.

ben, den sonntäglichen Kirchgang als Norm zu leben (Orizo / Elzo 2000: 190), besuchten im Jahr 2005 nur noch 4,7% der Jugendlichen regelmäßig den Gottesdienst. Im Jahr 1994 hatten noch zwei Drittel der befragten Jugendlichen angegeben, sich als Mitglieder der Kirche zu fühlen und dies auch bleiben zu wollen; 1999 war dies nur noch die Hälfte, und im Jahr 2005 war der Anteil auf unter 30% gesunken (González Blasco 2006). Die für die Zukunft zu erwartende Tendenz ist zudem negativ, wenn die religiöse Bezugswelt mit in den Blick genommen wird. Anfang der 90er Jahre gaben bei einer Befragung über 90% an, eine religiöse Erziehung erfahren zu haben (Orizo 1991: 120). Die junge Generation heute wächst indes weitgehend in einem völlig kirchenfremden Umfeld auf. Dies ist zum einen den veränderten Lehrplänen an den Schulen geschuldet. Zum anderen bietet das gesellschaftliche Umfeld meist nur noch wenige Bezüge zum kirchlichen Kalendarium. Besonders erschwerend kommt hinzu, dass sich bereits die Elterngeneration von der Kirche distanziert hat und auf diese Weise als Mittler christlicher Werte ausfällt. Wie der Soziologe José María Mardones (2004: 35) feststellt, sind im Gegensatz zu früher die Mütter nicht mehr die ersten Katecheten ihrer Kinder.

Die junge Generation kennzeichnet damit auch nicht mehr – wie noch in den 80er Jahren – eine bewusste Abgrenzung von den Lehren der Kirche. Damals kam es vor allem zu einer Reaktion auf die als negative persönliche Erfahrung empfundene bevormundende Wirkungsweise der Kirche während der Franco-Diktatur. Diese Haltung kommt anschaulich in der Feststellung der bekannten spanischen Schauspielerin Victoria Abril zum Ausdruck: “Die Klosterschule hat aus mir, wie aus fast allen Frauen meiner Generation, die ich kenne, einen absolut atheistischen Menschen gemacht.”¹⁹ Die junge Generation zeichnet sich dagegen heute durch ein völliges Desinteresse an der Kirche und an Glaubensinhalten aus. Ein kirchennaher Autor hat diesbezüglich bereits für das Jahr 1999 festgestellt: Die Jugendlichen “wollen nicht nur nichts mit Glaube und religiöser Kultur zu tun haben. Sie spüren nicht einmal das Bedürfnis, etwas darüber zu wissen. All das ist für sie nicht nur weit weg, sondern vielmehr inexistent. Religiöse Fragen sind aus ihrem Lebenshorizont verschwunden“ (Orizo / Elzo 2000: 203). Die Kirche ist offensichtlich nicht in der Lage, der jungen Generation ein ansprechendes spirituelles Angebot zu machen. Die Kritik der Jugend entzündet sich darüber hinaus an der rigiden Morallehre und dem bevormundenden Auftreten. Die Kirche hat schließlich auch bei den Jugendlichen mit einem Imageproblem zu kämpfen, da sie nicht vertrauenerweckend wirkt.

19 Zit. nach Rafael Díaz-Salazar, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 123.

Die Entfremdung von und die Kritik an der Kirche haben in Spanien nun aber nicht zu einem verbreiteten Antiklerikalismus geführt. Vielmehr wecken die öffentlichen Auftritte der Amtskirche großes Interesse. Dieses Fehlen eines nennenswerten Antiklerikalismus, der in der Geschichte Spaniens in der politischen Auseinandersetzung lange Zeit eine große Rolle spielte, kann im Grunde nur dadurch erklärt werden, dass die Amtskirche heute (anders als früher) kein Machtfaktor mehr ist und keinen sonderlichen Einfluss mehr auf die Gesellschaft hat. Auch übt der Staat gegenüber der Kirche keine erklärte Schutzfunktion mehr aus. Darüber hinaus ist die Zahl derer kleiner geworden, die in einem von der Kirche dominierten Umfeld groß geworden sind und damit die Amtskirche zeitweise als moralische und spirituelle Autorität wahrgenommen und verinnerlicht haben. Das Fehlen eines möglicherweise schmerzhaften inneren Loslösungsprozesses bietet in diesem Sinn vielmehr den Freiraum, der Kirche weitgehend mit Indifferenz zu begegnen.

4. Religiosität ohne Anbindung und zunehmender religiöser Pluralismus

Wenngleich die Amtskirche seit nunmehr drei Jahrzehnten von einem bislang unaufhaltbaren Abwanderungsprozess betroffen ist, kann mit Blick auf Religiosität nicht unbedingt von Indifferenz gesprochen werden. Anfang der 90er Jahre bekundeten etwa die Hälfte aller Befragten, die nie oder fast nie in die Kirche gingen, sowie ein Drittel jener, die sich als religiös indifferent bezeichneten, an etwas Heiliges im Menschen zu glauben. Selbst über ein Viertel derjenigen, die sich als Agnostiker oder knapp ein Fünftel jener, die sich als Atheisten bezeichneten, stimmten dieser Feststellung zu. Diese Angaben haben ein zusätzliches Gewicht, wenn man bedenkt, dass sich lediglich zwei Drittel der praktizierenden Katholiken in der Lage sahen, dieser Feststellung ebenfalls zuzustimmen (Juárez 1994: 765). Diese Ergebnisse spiegeln sich auch in späteren soziologischen Untersuchungen (Orizo / Elzo 2000: 209). Insgesamt lag der Bevölkerungsanteil, der sich als religiös bezeichnete, seit Anfang der 80er Jahre und trotz einiger Schwankungsbewegungen lange Zeit bei knapp zwei Drittel.²⁰ Eine Umfrage aus dem Jahr 2002 ergab sogar, dass sich über 80% der Befragten zumindest als "etwas religiös" bezeichneten.²¹ Umfragen zum Glauben an die Existenz Gottes haben über Jahrzehnte hinweg ebenfalls Werte von über 80% erbracht. Werden diese Angaben nach Altersgruppen und Geschlecht der Befragten aufgeschlüsselt, ergeben sich Verschiebungen; doch bekräftigten bis vor wenigen Jahren noch über zwei Drittel der Jugendlichen, an Gott zu glauben

20 José Ramón Montero, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 183. Vgl. auch Orizo / Elzo 2000: 125.

21 CIS: "Estudio" Nr. 2443, "Actitudes y creencias religiosas" (19.1.2002).

(Orizo / Elzo 2000: 199f.). Wenngleich in den letzten Jahren der Gläubigkeitsgrad merklich gesunken ist, entsprechen diese Ergebnisse insgesamt der weit verbreiteten Auffassung, dass Religiosität und Distanzierung von der Amtskirche durchaus miteinander kompatibel sind. Freilich muss diese Art der Religiosität als vage bezeichnet werden, da sie nicht in ein Lehrgebäude integriert ist. Auch kann sie kaum als katholisch bezeichnet werden, da beträchtliche Abweichungen zu den Lehrsätzen der katholischen Kirche bestehen. Entsprechend ist der Anteil der Bevölkerung groß, der den alleinigen Wahrheitsanspruch der katholischen Kirche in Zweifel zieht: Nicht einmal mehr ein Viertel der Spanier stimmt diesem Anspruch zu.²² Vielmehr besteht bei der Mehrheit der Bevölkerung die Ansicht, dass sich Wahrheiten in verschiedenen Religionen manifestieren können.²³

Eine bestimmte Ausdrucksform der Religiosität ist in Spanien weit verbreitet und erfährt seit Jahren einen ungebrochenen Aufschwung: die sogenannte "Volksreligiosität". Einige Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von Folklore oder heidnischen Bräuchen.²⁴ Und in der Tat vermengen sich hier christliche Tradition und katholische Praktiken mit Mythen und volkstümlichen Überlieferungen. Hinzu kommt ein künstlerischer und folkloristischer Rahmen. Die Bezugsobjekte dieser Volksreligiosität sind die großen Gestalten der christlichen Religion: Christus, Maria, die Apostel und die Heiligen, sowie die Hauptsymbole des Christentums: die heilige Hostie, das Kreuz und Reliquien. Die Verehrung dieser Gestalten und Symbole führt zu einem ausgefüllten Kalendarium von Feierlichkeiten und Festen, an denen ohne Rücksicht auf Gesellschaftsschichten oder Klassen – auch ohne Unterscheidung zwischen gläubigen und nicht gläubigen Christen – die Menschen zu Hunderttausenden teilnehmen. Die Religiosität erscheint hier als Äußerung eines tiefreichenden Volksempfindens, das zur Haltung gegenüber der Amtskirche eine gegenläufige Tendenz aufzuweisen scheint. Gerade in einer Region wie Andalusien, in der Wallfahrten mit einer außerordentlich großen Leidenschaft unternommen werden, findet der regelmäßige Kirchgang im Landesvergleich einen unterdurchschnittlichen Anklang.

Wenngleich innerhalb der Bevölkerung die Ansicht weit verbreitet ist, dass es durchaus möglich ist, religiös zu sein, ohne regelmäßig in die Kirche zu gehen (Juárez 1994: 759), bezweifeln kirchennahe Autoren die Möglichkeit eines dauerhaften religiösen Empfindens ohne institutionelle Anbindung und gehen entsprechend

22 Rafael Díaz-Salazar, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 96, 103; CIS: "Estudio" Nr. 2442, "Actitudes y valores en las relaciones interpersonales (II)" (10.1.2002).

23 CIS: "Estudio" Nr. 2443, "Actitudes y creencias religiosas" (19.1.2002).

24 Rafael Díaz-Salazar, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 102.

davon aus, dass die Gruppe der "nicht praktizierenden Katholiken" über kurz oder lang zu Agnostikern wird (Tornos / Aparicio 1995: 53f.). Gleichzeitig wird erwartet, dass die Entfremdung zwischen Amtskirche und Gläubigen weiter zunehmen und sich in den kommenden Jahrzehnten der Anteil der "nicht praktizierenden Katholiken" noch weiter erhöhen wird.²⁵ Die Kirche ist gegenwärtig jedenfalls nicht in der Lage, sich das nach wie vor weit verbreitete religiöse Empfinden zunutze zu machen. Sie hat nicht nur jene verloren, in denen das Religiöse verkümmert ist, sondern auch einen großen Teil derer, die nach wie vor einen zumindest vagen Bezug zur Religion haben. Die katholische Kirche muss sich als Anbieter von Lösungen zur Befriedigung eines religiösen Bedürfnisses zudem der Konkurrenz anderer christlicher und nicht christlicher Kirchen und Sekten stellen.

So erhöht sich kontinuierlich die Präsenz anderer Religionen und Konfessionen. Spanien war, wie eingangs angesprochen, bis zum Tode Francos ein konfessioneller Staat; nicht katholische Glaubensgemeinschaften wurden diskriminiert. In Spanien lebten in der Spätphase des Franquismus etwa 2.000 Moslems, 7.000 Juden sowie 30.000 Lutheraner und Reformierte. Seit Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1978 können die verschiedenen Glaubensgemeinschaften jedoch uneingeschränkt in der Öffentlichkeit auftreten und für ihren Glauben und ihre Anschauungen werben. Daher hat die Zahl von nicht katholischen Glaubensgemeinschaften und deren Mitgliedern stark zugenommen, wenn auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nach wie vor nicht über einige wenige Prozentpunkte hinausgeht. Die Zahl der Protestanten ist nach Angaben des evangelischen Dachverbandes inzwischen auf bis zu einer Million angestiegen; allerdings kann nur ein sehr geringer Teil als praktizierende Christen bezeichnet werden. Diese Zunahme ist außerdem wesentlich durch die Zuwanderung aus westlichen Industrienationen bedingt. Gleichzeitig ist vor allem durch die Immigration aus lateinamerikanischen Ländern auch ein starkes Anwachsen von Pfingstgemeinden und sogenannten charismatischen Glaubensgemeinschaften festzustellen. Die Zahl der Juden ist wiederum, ebenfalls durch Zuwanderung bedingt, auf über 40.000 gestiegen. Dies ist insbesondere auf die verschiedenen Einwandererwellen aus Argentinien und den Maghreb-Staaten zurückzuführen. Während in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die jüdische Immigration aus dem südamerikanischen Land vor allem aus politischen Gründen erfolgte, war sie in späterer Zeit durch die Wirtschaftskrisen motiviert, die den La-Plata-Staat erschütterten. Allerdings fühlt sich lediglich ein kleiner Teil dieser Juden in einem strikten Sinne der jüdischen Religion verpflichtet.

25 Vgl. Rafael Díaz-Salazar, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 96, 103.

Am stärksten ist die Zahl der Muslime gestiegen: Schätzungen zufolge leben etwa eine Million Muslime in Spanien. Diese Zunahme ist vor allem durch die Immigration aus den Maghreb-Staaten und Schwarzafrika bedingt, und sie stellt nicht zuletzt aus religiösen Gründen eine der größten Herausforderungen für die spanische Gesellschaft dar. So sind in den letzten Jahren wiederholt Konflikte religiös-kulturellen Ursprungs entbrannt, etwa hinsichtlich der Rolle der Frau in der muslimischen Gesellschaft. Gleichzeitig findet gegenwärtig trotz aller – auch von der katholischen Kirche ausgehender – Aufrufe zur Toleranz eine mehr oder weniger irrationale Diskriminierung religiöser Minderheiten durch die mehrheitlich katholisch geprägte Gesellschaft statt. Die Gesetzgebung im Sinne der Akonfessionalität des Staates ist in Spanien ohne Zweifel weitreichender als in vielen anderen europäischen Nationen. Die Praxis freilich zeigt die nach wie vor starke Bindung der Menschen an katholisch geprägte Normen und Gewohnheiten. Als weitere religiöse Minderheiten treten die Mormonen mit gegenwärtig etwa 50.000, die Zeugen Jehovas mit etwa 90.000 und die Buddhisten mit etwa 80.000 aktiven Mitgliedern in Erscheinung. Alle diese Religionsgemeinschaften genießen inzwischen aufgrund ihrer "nachhaltigen Präsenz" einen offiziell anerkannten Status, was ihnen analog zu den Rahmenbedingungen, in denen sich die katholische Kirche bewegt, das Recht einräumt, mit dem Staat über alle die Beziehung zwischen Staat und Kirche betreffenden Themenkomplexe zu verhandeln. Selbst die Scientologen wurden im November 2007 nach einem Urteil des Nationalen Gerichtshofs als eigenständige Kirche in Spanien anerkannt.

5. Frontstellung zwischen Staat und Kirche

Der erste ernsthafte Konflikt zwischen Regierung und Kirchenleitung entbrannte, als 1981 die Regelung des Ehescheidungsrechts auf der Tagesordnung stand. Damals opponierte die Kirche öffentlich gegen den Gesetzesentwurf mit dem Argument, dass die Auflösung einer kirchlich geschlossenen Ehe – die auch standesamtlich wirksam ist – für Katholiken undenkbar ist. Als das Gesetz nach monatelangen hitzigen Debatten, in denen sich die Kirche immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sah, sich in zivile Angelegenheiten einzumischen, verabschiedet wurde, reagierte sie entrüstet und entzog dem für das Gesetz verantwortlich zeichnenden Justizminister das traditionelle Privileg, die Fronleichnamsprozession anzuführen. Mit dem Scheidungsrecht mochte sich die Kirche auch in den Folgejahren nicht abfinden, insbesondere wenn einer Scheidung eine zweite, zivil geschlossene Ehe folgte. So verurteilten hohe Kirchenrepräsentanten 1996 sogar die zivile Trauung von Francisco Álvarez Cascos, dem der konservativen Volkspartei angehörenden stellvertretenden

spanischen Ministerpräsidenten. Der Erzbischof von Toledo und Primas der Kirche in Spanien ging sogar so weit, diese Heirat öffentlich als "Attentat gegen die Unauflösbarkeit der Ehe" zu verurteilen und Álvarez Cascos des "permanenten Ehebruchs" zu bezichtigen.²⁶

Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Sozialistische Partei (PSOE) im Jahr 1982 verschärfen sich die Konflikte, da die neue Regierung Projekte in Angriff nahm, die auf eine weitere Trennung der Einflussphären von Staat und Kirche abzielten. Auf diese Weise sollte die seit der Franco-Diktatur überkommene Dominanz der Kirche in vielen gesellschaftlichen Bereichen zurückgedrängt werden. Nicht alle Vorhaben ließen sich jedoch durchsetzen. So gelang es der Kirche, sich erfolgreich gegen das Vorhaben zu wehren, das Gewicht der von kirchlichen Trägern betriebenen Schuleinrichtungen zu beschränken. Der Erfolg basierte nicht zuletzt auf dem Ansehen dieser Einrichtungen und einer darauf zurückzuführenden breiten Unterstützung durch die Öffentlichkeit, zumal damals etwa jeder vierte Schüler eine kirchliche Lehranstalt besuchte.²⁷ Allerdings musste die Kirche im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen eine herbe Niederlage hinnehmen. Eines der Abkommen aus dem Jahr 1979, die das Konkordat von 1953 ablösen, garantierte den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Hieran musste sich die sozialistisch geführte Regierung zwar halten; sie versuchte aber, dieses Angebot möglichst unattraktiv zu machen, indem der Pflichtcharakter des alternativ angebotenen Ethikunterrichts abgeschafft wurde. Die Sozialistische Partei vertrat die Auffassung, dass in einem Gemeinwesen ohne Staatsreligion die individuelle Entscheidung von Schülern und Eltern gegen den Religionsunterricht keine anderweitigen Verpflichtungen nach sich ziehen dürfe. Mit der Verabschiedung einer Neuregelung des Erziehungswesens im Jahr 1990 wurde der Religionsunterricht somit zum Wahlfach. Die Amtskirche lief erwartungsgemäß Sturm gegen die Regelung²⁸, konnte aber nur einen Teilerfolg erzielen: Ein Urteil des spanischen Verfassungsgerichts erzwang eine Korrektur mit der Begründung, dass Besucher des Religionsunterrichts gegenüber den Freigestellten diskriminiert würden. Mit der Anpassung an die Vorgaben des Gerichts bestand zum Leidwesen der Kirche nun aber die Wahl zwischen dem Religionsunterricht und einem Unterricht mit starkem Freizeitcharakter; und in der Folge leerten sich die Klassenräume, in denen Religionsunterricht erteilt wurde. In den letzten Jahren besuchten gerade einmal 40% der

26 Vgl. *El País* vom 26.10.1996.

27 Zahlenangaben bei José Luis Santos Díez, in: Carvajal / Corral 1980: 237.

28 Erklärungen der spanischen Bischofskonferenz vom 23.2.1990 und 17.5.1990 (Margenat Peralta 1990: 556f.).

Oberstufenschüler an öffentlichen Schulen den Religionsunterricht. Die Kirche beklagte diese Situation natürlich vehement, da ihr damit die Möglichkeit genommen war, flächendeckend katholische Wertvorstellungen zu vermitteln. Sicherlich hat diese Regelung dazu beigetragen, den Prozess der stetig wachsenden Entfremdung von kirchlichen Grundsätzen weiter zu beschleunigen und die Position der katholischen Kirche innerhalb der Gesellschaft weiter zu schwächen.

Noch aggressiver war die Reaktion der Kirche, als Pläne zu einer gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs bekannt wurden. Mit uneingeschränkter Unterstützung des Vatikans lehnte die Kirchenleitung in dieser Frage jede wie auch immer geartete Regelung entschieden ab und betonte, dass Abtreibungen eines der abscheulichsten Verbrechen überhaupt seien. In ihrem Kampf gegen das Vorhaben versuchte sie, eine breite Öffentlichkeit zum Widerstand zu mobilisieren. Diesmal fand der Klerus die Unterstützung, die ihm beim Scheidungsrecht verwehrt geblieben war; und erstmals seit dem Ende der Diktatur konnten Kirche und kirchennahe Organisationen große Menschenmassen dazu bewegen, aus Protest gegen das Regierungsvorhaben auf die Straße zu gehen. Die Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch kann allerdings nicht allein als ein Konflikt zwischen Regierung und Kirche angesehen werden. Weite Teile der Gesellschaft beteiligten sich an der Debatte, und zwischen den politischen Parteien und selbst innerhalb der Parteien entbrannte ein heftiger und langandauernder Streit. Auf der Grundlage eines Urteils des spanischen Verfassungsgerichts sah schließlich der geänderte Gesetzestext aus dem Jahr 1985 Straffreiheit nur für konkrete Ausnahmefälle vor: gravierende körperliche oder geistige Schäden des Fötus, Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung oder ernste Gefahr für das Leben der Mutter.

Meinungsumfragen aus dem Jahr 1982 zufolge hatte sich zunächst eine sehr breite Mehrheit gegen eine gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs ausgesprochen oder wollte der Legalisierung von Abtreibungen nur bei Gefahr für das Leben der Mutter oder bei Missbildungen des Fötus zustimmen (Recio / Uña / Díaz-Salazar 1990: 61). Die Akzeptanz für den straffreien Schwangerschaftsabbruch aus einer sozialen Notlage heraus ist jedoch kontinuierlich gestiegen. Auch die Ablehnung einer Fristenregelung schwand allmählich. 1982 sprachen sich lediglich 17% der Befragten für eine solche Regelung aus (Morán / Cruz Cantero 1989: 82ff.); zehn Jahre später war der Anteil bereits auf 40% gestiegen. Hierbei besteht freilich ein enger Zusammenhang zwischen dem Grad der Religiosität der Befragten und der Akzeptanz einer entsprechenden gesetzlichen Regelung.²⁹ 1992 unternahm

29 José Ramón Montero, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 205f.

die sozialistische Regierung schließlich den Versuch, das Abtreibungsrecht weiter zu liberalisieren. Dieses Vorhaben sah vor, die Indikation einer allgemein gefassten Notlage der Schwangeren in die bestehende Regelung aufzunehmen. Versuche, das Abtreibungsrecht über die Regelung von 1985 hinaus weiter zu liberalisieren, sind im spanischen Parlament jedoch immer wieder (wenn auch knapp) gescheitert (nach 1996 zuletzt im September 1998, als für die Annahme des entsprechenden Gesetzesentwurfs nur zwei Stimmen fehlten).

Vor dem Hintergrund der Gesetzesprojekte zum Religionsunterricht und zum Schwangerschaftsabbruch steuerte seit Beginn der 90er Jahre die Konfrontation zwischen der Kirchenleitung und der sozialistischen Regierung auf einen Höhepunkt zu. Im November 1990 machte die Bischofskonferenz ein Dokument³⁰ publik, das nicht nur den als bedauerlich wahrgenommenen Zustand der Moral in Spanien beklagte, sondern auch noch die Regierung dafür verantwortlich machte, da diese Permissivität fördere. Die Regierung würde dem Werteverlust Vorschub leisten, einen aggressiven Laizismus vertreten und alles Religiöse verspotten. Im Grunde besagte das Dokument, dass Moral in einer säkularen und pluralistischen Gesellschaft keinen Bestand haben könne. Kardinal Ángel Suquía als Vorsitzender der Bischofskonferenz ging ein Jahr später sogar so weit, die Demokratie als solche, aufgrund des ihr immanenten Agnostizismus und der Relativierung der Werte, als die eigentliche Ursache der bestehenden Probleme zu brandmarken. Die Wohlstandsgesellschaft sei darüber hinaus erfolgreicher bei der Zerstörung des Menschen, als es der Kommunismus gewesen sei. Gleich einer Hydra würde die "laizistische Moral" sich der Gesellschaft bemächtigen und zu einem Totalitarismus der Wertelosigkeit führen (Lamet 1991: 626). Das waren Töne, die von Seiten der Kirchenleitung seit der Zeit des "Nationalkatholizismus" nicht mehr zu hören gewesen waren. Und diese Kritik erhielt Rückendeckung von höchster ekklesialer Stelle: Papst Johannes Paul II. sprach im September 1991 öffentlich von der tiefen Sorge, die ihm der moralische Zustand der spanischen Gesellschaft bereite, und beklagte die Entchristianisierung, die aufgrund eines irrigen Fortschrittsglaubens weite Teile der Bevölkerung erfasst habe.

Die Kritik der Kirche bezog sich auch auf die Medien. Mit der alleinigen und ausdrücklichen Ausnahme der konservativen Tageszeitung *ABC* würden in der Presse Bilder und Werte vermittelt, die im Widerspruch zur katholischen Lehre stünden. Damit war zum einen Pornographie gemeint, zum anderen aber auch die Berichter-

30 "La verdad os hará libres (Jn 8,32). Instrucción Pastoral de la Conferencia Episcopal Española sobre la conciencia cristiana ante la actual situación moral de nuestra sociedad" (20.11.1990), in: <http://www.conferenciaepiscopal.es/documentos/Conferencia/verdad.htm> (20.2.2008).

stattung über Personen des öffentlichen Interesses, bei denen Scheidung, Ehebruch und Promiskuität an der Tagesordnung waren. Ein derart amoralisches Verhalten würde als normale Lebensform vermittelt. So sah sich die spanische Bischofskonferenz sogar veranlasst, die Mitte der 90er Jahre beliebte Fernsehserie "Farmacia de guardia" zu geißeln, weil die Protagonisten ein geschiedenes Ehepaar waren, das sich (weitgehend) einvernehmlich den Erziehungsaufgaben der gemeinsamen Kinder widmete. Die Reaktion auf solche Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Sie war zudem (bis auf einzelne Ausnahmen) einhellig: Die Kirche würde versuchen, ihren früheren Einfluss wiederzuerlangen und in Spanien einen Neo-Konfessionalismus durchzusetzen.

Angesichts der angespannten Beziehungen zwischen der PSOE-Regierung und der Kirchenleitung kam sogar die Sorge auf, dass bei einer weiteren Verschärfung des Konflikts der überwunden geglaubte Antagonismus zwischen Kirche und Sozialismus wieder aufbrechen könnte.³¹ Einen der Höhepunkte bildete hierbei die Stellungnahme des Bischofs von Mondoñedo, José Gea Escolano, der im August 1992 unter Hinweis auf Korruption in der Politik und den Zustand der Moral in Spanien in einem Hirtenbrief explizit von der Wahl des PSOE abriet. Im Herbst desselben Jahres stellte die spanische Bischofskonferenz vor dem Hintergrund des geplanten neuen Abtreibungsgesetzes sogar die generelle Wählbarkeit der Regierungspartei in Frage.³² Die Amtskirche wettete gegen eine als dezidiert antiklerikal wahrgenommene Politik und witterte ein gezieltes Programm des PSOE, das bezwecken würde, die Kirche aus dem öffentlichen Raum zu verbannen und die Bevölkerung zu Agnostikern zu "bekehren".³³ Angesichts eines solchen Affronts kam sogar die Befürchtung auf, die Kirche könnte ihre bis dahin im Wesentlichen aufrechterhaltene politische Unparteilichkeit aufgeben und sich uneingeschränkt auf die Seite des konservativen *Partido Popular* schlagen. Selbst die Mehrzahl der spanischen Bischöfe schien die Eskalation mit Sorge beobachtet zu haben, denn als Mitte Februar 1993 für die Spitze der Bischofskonferenz Neuwahlen stattfanden, wurde der von Kardinal Suquía und dem Nuntius favorisierte Kandidat nicht gewählt; stattdessen berief man den als gemäßigt geltenden Erzbischof von Zaragoza, Elias Yanes. Unter Yanes begannen sich die Wogen tatsächlich zu glätten. Der Konfrontationskurs wurde nicht mehr fortgeführt, und so wurden auch die Töne im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juni 1993 moderater. Eine Konfessionalisierung der Wahlkämpfe fand nicht statt. Der Standpunkt der Amtskirche hatte sich damit aller-

31 Salvador Giner und Sebastián Sarasa, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 83.

32 Äußerungen des Vorsitzenden der spanischen Bischofskonferenz, Elias Yanes (Lamet 1993: 562).

33 Sebastián Aguilar 1988: 6f.; vgl. Rafael Díaz-Salazar, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 119ff.

dings nicht geändert: Im Februar 1996 veröffentlichte die Bischofskonferenz das Dokument "Moral y sociedad democrática", in dem unverändert der moralische Zustand der Gesellschaft bedauert und die Permissivität innerhalb einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, die kein dezidiertes Bekenntnis zu christlichen Werten vertrete, scharf angegriffen wurde.³⁴

Nach der Regierungsübernahme durch den *Partido Popular* im März 1996 entspannten sich zunächst erwartungsgemäß die Beziehungen zwischen Kirche und Regierung. Nun hoffte die Amtskirche auf ein stärkeres Gehör in eigener Sache, zumal der Einfluss kirchenfreundlicher Politiker im PP auffällig ist. Der PP ist aber keine klerikale Partei; das Profil der Wähler ist vielschichtig, eine vollständige Identifikation des PP mit den Zielen der Kirche daher nicht möglich. So versprachen die Konservativen beispielsweise bereits im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen vom Juni 1993, dass sie im Falle eines Wahlsiegs die Abtreibungsgesetzgebung nicht ändern würden. Aufgrund der hohen Akzeptanz der bestehenden Gesetzeslage innerhalb der eigenen Wählerschaft hat der PP auch im Vorfeld nachfolgender Parlamentswahlen wiederholt betont, das Abtreibungsgesetz nicht beschränken zu wollen. Dieser Umstand befriedigte freilich die Kirche nicht. So äußerte der Vorsitzende der spanischen Bischofskonferenz im Wahljahr 2000, dass im Grunde keine Partei wählbar sei, die sich nicht für eine Abschaffung der Abtreibungsgesetzgebung einsetze. Auch die geforderte Reform der Regelungen zum Religionsunterricht wurde zur Enttäuschung der Prälaten lange Zeit nicht angegangen. In anderen Fragen, etwa im Hinblick auf eine Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung, drang die Kirche ebenfalls nicht durch. Und als Anfang 2003 der Papst von katholischen Politikern einforderte, dass sie der katholischen Lehre treu bleiben und sich Regelungen entgegenstellen müssten, die nicht im Einklang mit der katholischen Morallehre stünden, war nicht nur Kritik vom PSOE und anderen Linksparteien zu hören. Auch die Regierungspartei PP widersprach, denn bei aller Sympathie für die Anliegen der Kirche kann sich die konservative Volkspartei letztlich nicht in den Dienst kirchlicher Interessen stellen, ohne ihre parlamentarische Mehrheitsfähigkeit zu gefährden. Anlässlich der Kommunalwahlen im Mai 2007 sprach sich dann der Erzbischof von Pamplona "folgerichtig" dafür aus, die Wahl rechtsradikaler Parteien wie *Falange Española de las JONS* oder *Comunión Tradicionalista* in Betracht zu ziehen, da es sich hierbei um Parteien handle, die sich die katholische Lehre auf ihre Fahnen geschrieben hätten.³⁵ Dies war eine besonders befremdliche Äußerung, ste-

34 LXV Asamblea Plenaria de la Conferencia Episcopal: "Moral y sociedad democrática" (14.2.1996), in: <http://www.conferenciaepiscopal.es/documentos/Conferencia/moral_sociedad.htm> (20.2.2008).

35 Vgl. *El País* vom 8.5.2007.

hen doch die genannten Parteien explizit in der Tradition jener Gruppierungen, die eine ideologische Stütze von General Franco gewesen waren.

Während der Regierungsjahre des *Partido Popular* blieb der Trend hin zur Abkehr von der Kirche nicht nur ungebrochen, er verstärkte sich sogar. So ging die Teilnahme am sonntäglichen Kirchengang als Indikator für die Akzeptanz der Amtskirche innerhalb der Gesellschaft dramatisch zurück, und die Zahl der durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche schnellte in ungeahnte Höhen. Trotz einer konservativen Regierung empfand sich die Kirche in einer außerordentlich schwierigen Situation, in der die gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere die Medien und die politischen Parteien, die Evangelisierungsarbeit kaum zulassen würden. Im Februar 2002 fühlte sich der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Antonio María Rouco Varela, sogar veranlasst, die Kritik an der Kirche mit den Zeiten des Martyriums während der ersten Jahrhunderte unserer Zeitrechnung zu vergleichen.

In den letzten Jahren der Regierung unter José María Aznar wurde der Einfluss kirchenfreundlicher Mitglieder der Regierungspartei zur erklärten Freude sowohl der spanischen Bischofskonferenz als auch des Vatikans schließlich doch noch deutlich. Im November 2002 wurde eine der Hauptforderungen der Kirche durchgesetzt, als im Rahmen einer grundlegenden Reform des Schulsystems der Religionsunterricht sowie die dazugehörige Alternative wieder als reguläre Unterrichtsfächer eingerichtet wurden. Auch sollten den Schülern ohne Religionsunterricht religiöse Themen aus einer historischen und kulturellen Perspektive vermittelt werden. In nächster Umgebung des Papstes befanden sich nun auch der Führung des PP nahestehende Berater, wie sich unschwer daran ablesen ließ, dass sich Johannes Paul II. in öffentlichen Stellungnahmen Positionen der Regierungspartei zu eigen machte – etwa im Zusammenhang mit dem Nationalismus der “historischen” Regionen oder dem innenpolitisch umstrittenen Vorhaben, große Wassermassen von der Nordhälfte Spaniens in den wasserarmen Süden zu leiten.

6. Laizistische Offensive unter Zapatero

Mit der überraschenden Rückkehr der Sozialisten im März 2004 war die Zeit der Harmonie schlagartig vorbei. Die neue Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero trat mit einer laizistischen Grundhaltung an, die davon ausging, dass die spanische Gesellschaft einen zunehmend pluralistischen Charakter angenommen hatte und ihr keinesfalls die sozialen und religiösen Werte und Wahrheiten einer bestimmten Richtung aufgezwungen werden dürften. Die Regierung müsse vielmehr auf eine strikte religiöse Neutralität des Staates achten. Dementsprechend wurde umgehend eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, die seitens der katholischen Kirche einen Sturm

der Entrüstung hervorriefen. So wurde zunächst die durch die Vorgängerregierung verabschiedete Schulreform, die unter anderem den Religionsunterricht stärkte, ausgesetzt; und die neue Regierung kündigte an, eine eigene Reform des Schulunterrichts auf den Weg bringen zu wollen, durch die auch die staatlichen Kompetenzen gegenüber den durch den Staat finanzierten kirchlichen Schulen erweitert würden. Ferner wurde angekündigt, dass Schwangerschaftsabbrüche mit der Einführung einer Fristenlösung weiter erleichtert würden.³⁶ Desgleichen sollte die bestehende Scheidungsgesetzgebung überarbeitet, die Scheidung entbürokratisiert und das Verfahren damit beschleunigt werden. Schließlich kündigte die Regierung auch an, das Eherecht auf gleichgeschlechtliche Paare ausdehnen zu wollen. Die Akonfessionalität des Staates sollte dadurch sichtbar werden, dass religiöse Symbole wie Kreuze aus öffentlichen Gebäuden wie Gerichtssälen und Schulen verbannt würden. Regierungsvertreter sollten ferner nicht mehr in offizieller Funktion einem Gottesdienst beiwohnen – was sich darin manifestierte, dass Ministerpräsident Rodríguez Zapatero und seine Stellvertreterin Fernández de la Vega einer von Papst Benedikt XVI. während seines Aufenthalts in Valencia im Juni 2006 zelebrierten Messe fernblieben. Alle diese Ankündigungen machten deutlich, dass es die neue Regierung auf eine Kraftprobe mit der Kirche ankommen lassen würde.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten, wodurch die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der Regierung in eine neue Phase der Konfrontation traten. Besonders heftig wurde die Legalisierung der "Homo-Ehe" im Juni 2005 bekämpft. Bischöfe, Bischofskonferenz und sogar Papst Benedikt XVI. reagierten – bei unterschiedlicher Wortwahl – entrüstet. Dem Aufruf zu einer von katholischen Verbänden und der PP organisierten Demonstration gegen das Gesetz folgten etwa 200.000 Menschen, unter ihnen auch 19 Bischöfe und Erzbischöfe. Der Sprecher der spanischen Bischofskonferenz ging sogar so weit, die Legalisierung der "Homo-Ehe" als den für die katholische Kirche in ihrer 2000-jährigen Geschichte gravierendsten Vorgang zu bezeichnen.³⁷ Ähnlich heftig reagierte die Kirche auf die Einführung der Staatsbürgerkunde als neues allgemeinverbindliches Unterrichtsfach an den Schulen. Die Kritik entzündete sich daran, dass die Kirche eine ideologische Indoktrinierung der Schüler witterte, die darauf abzielen würde, eine mit der katholischen Lehre in Einklang stehende moralische Erziehung zusätzlich zu behindern. So wurde etwa

36 Aufgrund der seit einigen Jahren dramatisch angestiegenen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen und einer in der Folge heftig entbrannten öffentlichen Debatte erwies sich das Vorhaben jedoch als derzeit nicht durchsetzbar. Die gegenwärtig außerordentlich freizügige Auslegung der bestehenden Gesetze bietet ohnehin kaum ein Hindernis für den operativen Eingriff.

37 Vgl. *El País* vom 17.6.2005.

befürchtet, dass im Rahmen des Lehrplans auch die "Homo-Ehe" als normale Lebensform thematisiert werden könnte. Führende Kirchenmänner wie der Primas der Kirche in Spanien, Kardinal Antonio Cañizares, riefen die Eltern dazu auf, die Teilnahme ihrer Kinder an dem Staatsbürgerkundeunterricht aus Gewissensgründen zu verweigern. Der Sprecher der spanischen Bischofskonferenz bezeichnete das Unterrichtsfach sogar als menschenrechtswidrig.³⁸ Im März 2007 erregte eine weitere Stellungnahme der Bischofskonferenz Aufsehen. Den Hintergrund bildete ein amtlicher Beschluss, der in einem konkreten Fall auf Wunsch der Betroffenen aktive Sterbehilfe zugelassen hatte – dies mit der Begründung, es handle sich um eine frei getroffene Entscheidung gegen eine lebenserhaltende medizinische Behandlung. Die Kirche schloss daraus, die bestehende Gesetzgebung habe dazu geführt, dass Spanien im weltweiten Vergleich zu den Ländern gehöre, in denen das menschliche Leben am wenigsten geschützt sei.³⁹

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Episkopat und der sozialistischen Regierung erreichten damit eine bis dahin unbekannte Schärfe. So sprach der Vorsitzende der spanischen Bischofskonferenz im Vorfeld der Pastoralreise von Benedikt XVI. nach Valencia anlässlich des Weltfamilientages von einer "sterbenden" spanischen Gesellschaft.⁴⁰ Der Erzbischof von Burgos konstatierte, dass die Institution der Familie gegenwärtig von einer Clique angegriffen würde, die "Götzen der Macht, des Geldes und der Genusssucht" huldige⁴¹. Und der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal William Levada, ging so weit zu äußern, dass Gesetze und Gerichtsurteile, die nicht auf den essentiellen und unabänderlichen Lehren fußen und gegen das Gesetz Gottes verstoßen, als Unrecht zu betrachten seien. Er bestritt sogar, dass der Gesetzgeber überhaupt legitimiert sei, zu Angelegenheiten wie der "Homo-Ehe" Gesetze zu erlassen. Die Menschen, so die subversive Schlussfolgerung Levadas, hätten die Pflicht, ihrem Gewissen zu folgen und keine Vorschriften weltlicher Instanzen zu befolgen, die den Grundsätzen der Moral widersprechen würden.⁴² Der Primas der Kirche in Spanien warnte seinerseits vor einem parlamentarisch sanktionierten Totalitarismus und mit Blick auf die Regierung vor Mächten, die durch die Manipulierung der öffentlichen Meinung herrschen würden. Würdenträger wie Cañizares fühlen sich durch die sozialistische Regierung und "dunkle

38 *El País* vom 27.7.2007.

39 Subcomisión Episcopal para la Familia y la Defensa de la Vida: "Por una cultura de la vida", 19.3.2008 (*El País* vom 23.3.2008).

40 *El País* vom 5.7.2006.

41 *El País* vom 7.7.2006.

42 In: <http://www.revistaeclesia.com/index.php?option=com_content&task=view&id=6575&Itemid=166> (6.10.2006).

Mächte" wie das "Imperium der Homosexuellen" oder "feministische Organisationen" regelrecht verfolgt.⁴³ Und für Würdenträger wie Kardinal Rouco Varela setzt sich auf diese Weise der Leidensweg der Kirche in Spanien fort.⁴⁴

Entsprechend stellte auch der mit der Durchführung der Seligsprechungszeremonie für die erwähnten 498 "Märtyrer des Bürgerkriegs" beauftragte Kardinal José Saraiva Martins fest: "Wir leben in einer Zeit, in der die wahre Identität der Christen unaufhörlich bedroht ist, und dies bedeutet, dass diese sich entweder beugen müssen oder zu Märtyrern werden."⁴⁵ Hierzu passt auch, dass, als Johannes Paul II. im März 2000 jenes vielbeachtete Dokument veröffentlichte, in dem er für in der Geschichte im Namen der Kirche angerichtetes Unheil um Vergebung bat, sich die spanische Bischofskonferenz weigerte, dem Beispiel zu folgen und ein Wort des Bedauerns über die unglückselige Identifikation der Kirche mit den Franquisten im Bürgerkrieg zu äußern. Die Bischofskonferenz stellte vielmehr fest, dass die Kirche ihrerseits das erste Opfer des Krieges gewesen sei. In diesem Sinne wundert nicht, dass die Kirchenleitung das kürzlich (2007) verabschiedete Gesetz zur Erinnerung an die traumatischen Ereignisse des Bürgerkriegs als Angriff auf den Geist der Versöhnung wahrnahm, der seit Beginn des Demokratisierungsprozesses geherrscht habe⁴⁶, werden doch durch das Gesetz die republikanischen Opfer des Krieges rehabilitiert. Auch das bezeichnenderweise während der Franco-Diktatur in Gang gesetzte Seligsprechungsverfahren für Königin Isabella von Kastilien, die mit der Ausweisung der Juden und der Stärkung der Inquisition die Grundlage für den konfessionellen Nationalstaat schuf, fügt sich in das Gesamtbild der mit Eifer und Radikalität betriebenen Missionierung Spaniens: Im Jahr 2004 sprachen sich über zwei Drittel der spanischen Bischöfe dafür aus, dem seit Jahrzehnten ruhenden Verfahren neue Impulse zu geben. Symptomatisch wird hier der Anspruch sichtbar, an jene Zeiten anzuknüpfen, in denen die Lehre der Kirche die Grundlage jeglichen sozialen Handelns war.

7. Konfession und Wahlverhalten

Die Kirche ist trotz der Defensive, in der sie sich befindet, nach wie vor ein öffentlichkeitsrelevanter Faktor. Dies zeigt sich bereits an der beträchtlichen Medienreso-

43 In: <<http://www.humanitas.cl/V%20Encuentro/madre.htm>> (6.10.2006).

44 *El País* vom 23.2.2007.

45 *La Razón* vom 29.10.2008.

46 LXXXVIII Asamblea Plenaria: "Orientaciones morales ante la situación actual de España" (23.11.2006), in: <<http://www.conferenciaepiscopal.es/documentos/Conferencia/OrientacionesSituacionActual.htm>> (20.220.08).

nanz von Äußerungen der Bischofskonferenz oder exponierter Prälaten und vor allem am Interesse an Großereignissen wie der Heiligsprechung des Gründers des *Opus Dei* im Jahr 2002, der Pastoralreise von Benedikt XVI. nach Valencia im Juni 2006 oder der Seligsprechung von 498 "Märtyrern des Bürgerkrieges" im Oktober 2007. Die Politik beobachtet mit unveränderter Aufmerksamkeit die öffentlichen Äußerungen der Kirchenobrigkeit (Tamayo 2003: 15), denn die Kirche wird im politischen Kräftespiel nach wie vor als mächtige Lobby begriffen, die in der Lage ist, beträchtliche Wählergruppen anzusprechen und in ihrer Haltung zu beeinflussen. Die Kirche nutzt diese Stellung. Ende 2007 rief der Erzbischof von Madrid, Kardinal Rouco Varela, zu einer Massenkundgebung "für die christliche Familie" auf, bei der sämtliche spanischen Kardinäle und die Mehrzahl der Bischöfe anwesend waren und zu der über einen Großbildschirm die Ansprache von Benedikt XVI. vom Petersplatz in Rom *live* zugeschaltet wurde. Unabhängigen Schätzungen zufolge nahmen etwa 160.000 (die Veranstalter sprachen von zwei Millionen) Menschen teil. Der Erzbischof von Valencia, Kardinal Agustín García-Gasco, stellte bei dieser Gelegenheit fest, dass ruchlose Gesetze und eine Kultur des radikalen Laizismus letztlich zur Auflösung der Demokratie führen würden, womit der Kardinal sich einwusste mit der Mehrheit der spanischen Bischöfe. Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen vom März 2008 wiederholte die spanische Bischofskonferenz ihre Kritik an den bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch, zu "Homo-Ehe", Ehescheidung und Staatsbürgerkundeunterricht und rief die Gläubigen ganz besonders auf, keine Partei zu wählen, die mit der Terrororganisation ETA in Verhandlung trete.⁴⁷ Dies war ein unmissverständlicher und der bislang unverblümteste Aufruf, nicht die Sozialisten zu wählen.

Die sozialistische Regierungspartei reagierte auf diese Kritik besonders entrüstet; doch sie befindet sich in einer Zwickmühle und scheut sich, in einen offenen Schlagabtausch mit der Kirche überzugehen. Sie will ihre katholische Anhängerschaft nicht über Gebühr brüskieren. Vielmehr wurde als Reaktion auf die als Entgleisung empfundene Wahlempfehlung der Kirchenleitung der *Partido Popular* ins Visier genommen, um ihn als klerikale Partei und Sprachrohr des reaktionären Teils der Bischofskonferenz zu diskreditieren. Gleichzeitig bemühte sich der PSOE, den Klerus differenzierter zu beurteilen und die konstruktive Sozialarbeit, die seitens der Kirche geleistet wird, zu würdigen. Darüber hinaus traten führende Mitglieder des PSOE wie der ehemalige Verteidigungsminister und bekennende Katholik José

47 "Nota de la Comisión Permanente de la Conferencia Episcopal Española ante las elecciones generales de 2008" (30.1.2008), in: <<http://www.conferenciaepiscopal.es/documentos/Conferencia/elec-ciones2008.html>> (1.3.2008).

Bono auf den Plan, um zu versichern, dass dem PSOE keinesfalls daran gelegen sei, sich mit der Kirche zu überwerfen.⁴⁸ Die Sozialisten wollten aus wahltaktischen Gründen die Auseinandersetzung auf die politischen Parteien beschränken.

Die konservative Volkspartei PP befand sich angesichts der heftigen Kontroversen zwischen der sozialistisch geführten Exekutive und der Kirchenleitung allerdings ebenfalls in einer Zwickmühle, da sie sich mit Blick auf Teile der eigenen Wählerschaft scheute, uneingeschränkt für die Anliegen der Kirche einzutreten. Anlässlich einer im November 2005 von katholischen Elternverbänden organisierten Massenkundgebung, die sich gegen das Schulreformgesetz richtete und an der sowohl führende konservative Politiker als auch sechs Bischöfe teilnahmen, wurde ihre Doppelstrategie deutlich: Der Schulterschluss mit der Kirche wurde zwar medienwirksam inszeniert; doch in der inhaltlichen Auseinandersetzung ging der PP nicht auf die Frage des Religionsunterrichts ein, sondern konzentrierte seine Kritik auf andere Aspekte des Gesetzes, wie die den Autonomen Gemeinschaften zugestanden Freiräume in der Ausgestaltung des Unterrichts. Desweiteren vermied es der PP, im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen vom März 2008 in eine Debatte über die Rücknahme jener Gesetze hineingezogen zu werden, die durch die Kirchenleitung besonders scharf kritisiert worden waren.

Soziologische Untersuchungen haben in der Tat einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Bindung an die Kirche und dem Wahlverhalten der Bürger festgestellt. Wie in anderen Ländern identifizieren sich Katholiken in Spanien vor allem mit konservativen Parteien. Nach den Ergebnissen einer Untersuchung aus dem Jahr 1999 gaben über 70% der Befragten, die sich mit der politischen Rechten identifizierten, und etwas weniger als die Hälfte all jener, die sich politisch Mitte-Rechts einordneten, an, praktizierende Katholiken zu sein und sich mit der Kirche sehr stark zu identifizieren (Orizo / Elzo 2000: 191). Im Unterschied zur Konstellation während der Zweiten Republik (1931–1939), als mit einem unverblühten Konfessionalismus und Antiklerikalismus Politik gemacht wurde, schließen sich heute eine „linke Gesinnung“ und ein Bekenntnis zur Kirche nicht mehr grundsätzlich aus. Hierüber bestand seit Beginn des Demokratisierungsprozesses nach dem Tod Francos weitgehend gesellschaftlicher Konsens. So gaben 1979 40% der befragten Spanier an, dass es kompatibel sei, guter Katholik und guter Kommunist zu sein. Dieser Prozentsatz lag mit Blick auf den Sozialismus damals bei über 50%. Mitte der 80er Jahre hatte sich diese Grundhaltung weiter verfestigt: So waren nun etwa 60% der Befragten der Ansicht, dass Kommunisten auch Katholiken sein könnten, und im Fall von Sozialisten lag der

48 *La Razón* vom 1.2.2008.

Anteil bei 70%.⁴⁹ Diese Einstellung spiegelt sich auch in der Haltung von Wählern des linken Parteienspektrums gegenüber der katholischen Kirche. Eine anlässlich der Parlamentswahlen von 1993 durchgeführte Umfrage ergab, dass 46% der "sehr guten Katholiken" den PP und 31% den PSOE gewählt hatten. Im Fall der "praktizierenden Katholiken" lagen PP und PSOE mit 34% sogar gleich auf.⁵⁰ Auch gemessen am gesamten Wählerpotenzial linker Parteien, ist der Anteil gläubiger Katholiken von Bedeutung: Über ein Viertel der Befragten, die sich politisch Mitte-Links einordneten, gaben 1999 an, praktizierende Katholiken zu sein und sich mit der Kirche sehr stark zu identifizieren. Bei jenen, die sich dem linken Spektrum zuordneten, lag der Anteil immerhin noch bei 10% (Orizo / Elzo 2000: 191). Die Zugehörigkeit zu Parteien der Linken und das Bekenntnis zur Kirche sind heute miteinander vereinbar, und dies wird auch gesellschaftlich akzeptiert.

Aus naheliegenden historischen Gründen haben es die Parteien im demokratischen Spanien von Anbeginn vermieden, Belange der Kirche in den Wahlkampf hineinzutragen. In den Parteiprogrammen der großen Parteien fehlen desgleichen jegliche Festlegung oder Angaben zu Fragen der Religion oder zur katholischen Kirche. In den ersten zwei Jahrzehnten nach Wiedereinführung der Demokratie konnte auch kein bemerkenswerter Einfluss religiöser Fragen auf das Wahlverhalten der Bürger festgestellt werden. Jüngere Untersuchungen über einen möglichen Zusammenhang zwischen Ideologie und Religiosität zeigen allerdings, dass der religiöse Faktor für die politische Auseinandersetzung durchaus aktivierbar ist. Bereits für die Wahlen von 2000 konnte festgestellt werden, dass Religiosität einen (moderaten) Einfluss auf die Stimmabgabe hatte. Dies war umso bemerkenswerter, als im Wahlkampf keinerlei religiöse Fragen thematisiert wurden und keine der Parteien Strategien entwickelt hatte, um Wähler anzusprechen, die auf das Thema Religion reagieren würden. Dennoch konnte damals bereits eine signifikante Abwanderung von PSOE-Wählern, die sich mit der katholischen Kirche identifizierten, hin zum PP festgestellt werden (Calvo / Montero 2002: 19). Dieser Umstand ließ sich für die Wahlen von 2004 bestätigen. Zudem ist deutlich geworden, dass sich die Wähler des PP viel stärker durch moralische und religiöse Kategorien leiten lassen, als dies bei PSOE-Wählern der Fall zu sein scheint.⁵¹ Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass angesichts des in den vergangenen Jahren verschärften Konflikts zwischen der Kir-

49 Vgl. vor allem Juan José Linz, in Linz / Montero 1986: 72-98.

50 Vgl. José Ramón Montero, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 235.

51 Kerman Calvo / Álvaro Martínez / José Ramón Montero: "Eadem sed Aliter: Religious Voting in Portugal and Spain". Paper presented at the Fórum de Recerca, Departament de Ciències Polítiques i Socials, Universitat Pompeu Fabra, Barcelona (Februar 2006).

che und der sozialistischen Regierung, angesichts auch des Schulterchlusses zwischen dem PP und der spanischen Bischofskonferenz sowie der Tatsache, dass sich diese massiv in den Wahlkampf eingemischt und von einer Stimmabgabe zugunsten der Sozialistischen Partei abgeraten hatte, der PP bei den Parlamentswahlen von 2008 im Hinblick auf den 'voto católico' sein Potenzial weiter ausschöpfen konnte. Wie die Soziologen José Ramón Montero und Kerman Calvo unterstreichen, ist es durchaus vorstellbar, dass angesichts der schwindenden Relevanz politischer Ideologien der Konfession bei der Stimmabgabe künftig sogar eine zentrale Bedeutung zukommen könnte (Calvo / Montero 2002: 48f.). Es bleibt daher abzuwarten, ob der PSOE vor dem Hintergrund der negativen Wahrnehmung der Amtskirche künftig an einem offenen Konflikt interessiert sein könnte. Fraglich bleibt desgleichen, ob sich der PP offen auf die Seite der Kirche schlagen könnte, denn trotz aller Medienwirksamkeit der Debatten darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die katholische Kirche und von ihr vertretene Positionen lediglich von einem kleinen Teil der Bevölkerung unterstützt werden. Die Frage der Religion ist gegenwärtig ein Thema, das nur eine Minderheit auf die Barrikaden treibt.

8. Konkordat und Verfassung

Wenn auch die Regierung zur Zeit nicht die Absicht verfolgt, das bestehende Konkordat aufzukündigen oder neu zu verhandeln, mehren sich die Stimmen derer, die meinen, dass einige Aspekte der Übereinkunft mit dem Vatikan aus dem Jahr 1979 kaum mit der Verfassung in Einklang stehen. So werden gegen den im Konkordat vereinbarten Pflichtcharakter des Religionsunterrichts in öffentlichen Schulen Bedenken erhoben. Dabei entzündet sich die Kritik an der Frage, ob diese Regelung mit der Neutralitätspflicht des Staates in religiösen Fragen überhaupt zu vereinbaren sei. Außerdem könne grundsätzlich nicht hingenommen werden, dass der Staat einer bestimmten religiösen Gemeinschaft die Möglichkeit biete, im Rahmen des allgemeinen Schulbetriebs Religionsunterricht zu erteilen, wo doch der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Glaubensgemeinschaften besteht. Diesem letztgenannten Argument wurde in den letzten Jahren grundsätzlich Rechnung getragen, indem insbesondere mit Blick auf die neuerdings sprunghaft gestiegene Zahl von Muslimen anderen Glaubensgemeinschaften die Möglichkeit eingeräumt wurde, die Erteilung von Religionsunterricht zu beantragen. Das aus Verfassungsgründen kritisierte Grundproblem der Vermengung religiöser und öffentlicher Belange bleibt damit allerdings bestehen. Zudem haben bislang nur wenige nicht katholische Glaubensgemeinschaften von dem bestehenden Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht. Gegenwärtig existieren lediglich drei Schulen (zwei evangelische und eine jüdi-

sche), die analog zu den durch katholische Träger betriebenen Einrichtungen staatlich anerkannt sind und finanziell gefördert werden. Für die über 74.000 Schüler muslimischen Glaubens an staatlichen Schulen stehen bislang lediglich 33 Lehrkräfte für das Fach Religion zur Verfügung. Die konfessionelle Unterweisung religiöser Minderheiten erfolgt vielmehr weiterhin in den jeweiligen Gemeindezentren und Kirchen. Nach Ansicht des Verbandes islamischer Gemeinden herrscht nach wie vor die Überzeugung vor, dass religiöse Unterweisung in das familiäre Umfeld und in die Moschee gehört.⁵²

Die verfassungsrechtlichen Bedenken im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht zielen noch in eine andere Richtung. Gemäß den Bestimmungen des Konkordats stehen die etwa 17.000 katholischen Religionslehrer unter der Aufsicht der bischöflichen Ordinariate. Diese können eine Verlängerung der jährlich auslaufenden Verträge der Lehrkräfte verweigern oder ohne Angabe von Gründen die Kündigung eines Beschäftigungsverhältnisses aussprechen. Der Staat hat somit keinen Einfluss auf die Beschäftigungsverhältnisse, zahlt aber die Gehälter der Religionslehrer. Besondere Irritationen löst dabei aus, dass Arbeitsverträge vor allem aufgrund einer mit der katholischen Lehre als unvereinbar angesehenen Lebensführung oder eines bestimmten Freizeitverhaltens beendet werden, auch wenn das geahndete Verhalten von der Gesellschaft mehrheitlich akzeptiert wird. Das trifft beispielsweise zu auf eine zweite Eheschließung nach einer vorangegangenen Scheidung, Kindernachwuchs bei ledigen Lehrerinnen oder das Führen einer "lediglich" standesamtlich geschlossenen Ehe. Auch allzu häufige Kneipentouren sowie eine missliebige parteipolitische oder gewerkschaftliche Betätigung scheinen als Ausdruck mangelnder Vorbildfunktion oder Unterordnungsbereitschaft die Beendigung von Dienstverhältnissen mitunter zur Folge zu haben. Obgleich spanische Gerichte in vielen Fällen zu Gunsten der Betroffenen geurteilt haben, bestätigte im Februar 2007 das Verfassungsgericht – zur allgemeinen Überraschung – das Recht der Kirche, die Auswahl der Religionslehrer nach eigenen Kriterien zu treffen. Dieses Urteil entfachte zwar eine heftige Polemik, setzte aber einen vorläufigen Schlussstrich unter die Debatte. Bedenken auf Seiten der Juristen sind jedoch geblieben – und viele Verfassungsbeschwerden sind nach wie vor anhängig.

Ein weiteres Problemfeld, das verfassungsrechtliche Bedenken hervorruft, ist die Finanzierung der Kirche. In einem der Abkommen aus dem Jahr 1979 verpflichtete sich die katholische Kirche, im Sinne der Trennung der jeweiligen Wirkungssphären nach Wegen zu suchen, um sich ohne staatliche Unterstützung selbst zu finanzieren.

52 *El País* vom 1.10.2007.

Der Staat zeigte sich damals aber bereit, für eine Übergangszeit für den Finanzbedarf der Kirche aufzukommen. Das geschah zunächst über eine jährlich ausgehandelte Pauschalsumme aus Mitteln des Staatshaushalts. Später wurde ein Modell entwickelt, das der Kirche einen bestimmten Anteil am Einkommensteueraufkommen übertrug. In diesem Budget waren allerdings weder die Gehälter für Religionslehrer an staatlichen Schulen, noch die Finanzmittel zur Unterhaltung kircheneigener Schulen oder die Gehälter der bei den Streitkräften sowie in Strafanstalten und staatlichen Krankenhäusern tätigen Seelsorger enthalten. Allein die Zuschüsse für die Schulen beliefen (und belaufen) sich auf ein Vielfaches des mit dem Staat ausgehandelten Finanzvolumens. Dieses wird vielmehr weitgehend zur Bezahlung der Gehälter des Klerus verwendet (Gomis 1996: 298). Das vereinbarte Verfahren ist seit 1987 in Kraft, und die Kirche erhielt in der Folgezeit 0,52% der Steuerschuld jener Steuerpflichtigen, die der Zuweisung auf freiwilliger Basis zustimmten. Durch dieses Verfahren entscheidet der Steuerzahler über die Zweckbestimmung eines bestimmten Anteils seiner Steuerschuld, ohne dass ihm dadurch – wie etwa im Rahmen der Kirchensteuer in Deutschland – eine zusätzliche finanzielle Belastung entsteht.

Die Kirchenleitung hatte diesem Prozentsatz in der Erwartung zugestimmt, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung auf der Steuererklärung das sie begünstigende “Kreuzchen” machen würde. Die Ergebnisse waren für die Kirche allerdings ernüchternd; die Einnahmen blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Nach enttäuschenden 35% im ersten Jahr stieg als Folge einer massiven Kampagne der Kirche in eigener Sache der Anteil bis auf 45% im Jahr 1990.⁵³ In den Folgejahren fiel er wieder, und in den letzten Jahren waren nur noch etwa ein Drittel der Steuerpflichtigen bereit, die Kirche zu unterstützen – analog zu jenem Teil der Bevölkerung, der sich als mehr oder minder praktizierende Katholiken bezeichnet. Auf dieser Grundlage konnte die Kirche ihren Haushalt nicht finanzieren; sie stand aber dennoch nicht vor der Zahlungsunfähigkeit, da sich der Staat bereits im Vorfeld der Regelung verpflichtet hatte, einen etwaigen Fehlbetrag aus dem Staatshaushalt zuzuschießen. Dieses Verfahren führte allerdings zu heftiger Kritik. Grundsätzlich wurde bemängelt, dass die katholische Kirche gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften bevorzugt würde, was dem in der Verfassung verankerten konfessionellen Neutralitätsgebot widersprechen würde. Insbesondere entzündete sich die Kritik daran, dass durch die zusätzlichen Ausgleichszahlungen nicht nur das Geld jener der Kirche zukomme, die dies ausdrücklich wünschten, sondern alle Steuerzahler einen Beitrag leisten würden.

53 Zahlenangaben nach Rafael Díaz-Salazar, in: Díaz-Salazar / Giner 1993: 284f.

Angesichts der negativen Erfahrungen mit der Bereitschaft der Spanier, "ihre" Kirche finanziell zu unterstützen, hat diese allem Anschein nach ihre ursprüngliche Absicht, sich ganz und gar selbst zu finanzieren, aufgegeben. Stattdessen äußerte sie den Wunsch nach einer Fortschreibung des bestehenden Verfahrens bei gleichzeitiger Anhebung ihres Anteils am Steueraufkommen. Nachdem zunächst wiederholt eine Erhöhung auf 0,8% gefordert worden war und sich die Regierung unter José María Aznar gescheut hatte, eine entsprechende Änderung vorzunehmen, kam es schließlich im September 2006 mit den Sozialisten zu einer Übereinkunft: Nun erhält die Kirche einen Einkommensteueranteil in Höhe von 0,7%. Allerdings entfallen im Gegenzug die Ausgleichszahlungen aus dem Staatshaushalt. Im Rahmen dieser Übereinkunft wurde (auf Druck der Europäischen Kommission) auch die im Konkordat von 1979 vereinbarte Steuerprivilegierung der Kirche abgeschafft. Die verfassungsrechtlichen Bedenken aufgrund der Bevorzugung der katholischen Kirche gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften sind damit aber nicht ausgeräumt. Diese finanzieren sich in erster Linie durch direkte Beiträge ihrer Mitglieder. Ein Großteil der lokalen Kirchen gibt sogar an, sich ausschließlich aus den Opfern der Mitglieder zu finanzieren. Die evangelischen, reformierten, jüdischen und auch die muslimischen Gemeinden scheinen dabei auf einer verhältnismäßig soliden finanziellen Grundlage zu stehen, wie auch die Vielzahl neu entstandener Gotteshäuser belegt. Die Anfang der 90er Jahre in Madrid errichtete monumentale, an einer Stadtautobahn weithin sichtbar gelegene Moschee zeugt aber auch davon, dass erhebliche Geldbeträge aus dem Ausland nach Spanien fließen. Dennoch streben Verbände wie die *Federación Española de Entidades Evangélicas* (Ferede) danach, ebenfalls in das staatliche Verteilungssystem aufgenommen zu werden.

9. Innerkirchliche Kritik und Konflikte

Wenngleich zwischen den spanischen Bischöfen in doktrinären Fragen grundsätzlich Einigkeit besteht, ist die spanische Bischofskonferenz seit Jahren tief gespalten. Bereits im Spätsommer des Jahres 1991 war dieser Dissens offenkundig geworden, als zwei Bischöfe, die mit der mehrheitlich regressiven Haltung der Bischofskonferenz im Umgang mit der liberalen und pluralistischen Gesellschaft nicht übereinstimmten – und insbesondere die auf Seiten der Kirchenleitung erfolgte Abkehr von der Dynamik, die von den Ergebnissen des Zweiten Vatikanischen Konzils ausgegangen war, kritisierten –, von ihren Ämtern zurücktraten, um als "gewöhnliche" Priester seelsorgerische Aufgaben in Armenvierteln zu übernehmen. Gegenwärtig gehen beträchtliche Spannungen innerhalb der Kirchenleitung auf die Frage eines angemessenen Umgangs mit der Regierung zurück. Während kompromisslose

Bischöfe wie die Kardinäle Rouco Varela und Cañizares eine frontale Konfrontation befürworten, plädieren andere, wie der vorherige Vorsitzende der Bischofskonferenz, Ricardo Blázquez, für ein "leiseres" Auftreten und einen kontinuierlichen Dialog. Blázquez war im März 2005 gerade als Mann des Ausgleichs gewählt worden, da eine Mehrheit dem autoritär auftretenden Rouco Varela ein Gegengewicht entgegensetzen wollte. Allerdings scheinen die als reaktionär wahrgenommenen Kräfte innerhalb der Bischofskonferenz wieder an Boden gewonnen zu haben. Symptomatisch dafür ist, dass das populistische und vor allem auf Polarisierung ausgerichtete Programm des kircheneigenen Radiosenders COPE zwar innerhalb der Bischofskonferenz umstritten ist, die Kritiker sich aber nicht gegen Kardinal Rouco Varela durchsetzen können, der seine schützende Hand über den Sender hält. So konnte es schließlich nicht wunder nehmen, dass im Ringen um den Vorsitz der Bischofskonferenz Kardinal Rouco Varela im März 2008 gegen den amtierenden Vorsitzenden Blázquez antrat und sich sogar, wenn auch mit einem nur knappen Vorsprung, durchsetzen konnte.

Es lässt sich aber auch in politischen Fragen eine Spaltung innerhalb der Bischofskonferenz ausmachen. Diese trat insbesondere bei der Debatte um den Nationalismus der "historischen" Regionen zutage. Während vor allem Rouco Varela und Cañizares erklärtermaßen in der Tradition des dritten Konzils von Toledo von 589 stehen, das als Geburtsstunde der nationalen katholischen Reichskirche auf der Iberischen Halbinsel gilt, vertreten die Bischöfe der baskischen und katalanischen Bistümer eine regionalistische Perspektive. So vertraten sie seit den 90er Jahren immer wieder das kontrovers diskutierte Vorhaben der Gründung von auf Katalonien und das Baskenland beschränkten eigenständigen Bischofskonferenzen und forderten eine Anpassung der Bistumsgrenzen an die "nationalen" Grenzen der "historischen" Regionen – ein Ansinnen, dem allerdings auch im Vatikan mit Zurückhaltung begegnet wird. Insgesamt kann durchaus von einer mehrheitlich nationalistischen Grundhaltung des Klerus im Baskenland wie in Katalonien gesprochen werden. In diesem Sinne erfolgen beispielsweise in regelmäßigen Abständen Aufrufe katalanischer Kleriker, im öffentlichen Leben ausschließlich Katalanisch zu sprechen. Die Mehrheit der spanischen Bischöfe vertritt indes die Überzeugung, dass die Einheit der Nation nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Ein Schreiben der Bischofskonferenz vom November 2002 warnte bereits vor dem Nationalismus in den Regionen, der die Einheit der spanischen Nation gefährden würde.⁵⁴ Ein auf Betreiben von Kardinal Cañizares nach langem und zähem Ringen und unter Kritik der

54 LXXIX Asamblea Plenaria de la Conferencia Episcopal: "Valoración moral del terrorismo en España, de sus causas y de sus consecuencias. Instrucción Pastoral (November 2002), in: <http://www.conferenciaepiscopal.es/documentos/Conferencia/valoracion_terrorismo.htm> (20.2.2008).

Bischöfe des Baskenlandes und Kataloniens im November 2006 verabschiedetes Pastoralschreiben zur Lage der Nation enthielt einen gemäßigten Text, der in der Frage der nationalen Einheit zur Umsicht aufrief.⁵⁵ Die ursprüngliche Forderung, die nationale Einheit als unveräußerlichen moralischen Wert zu definieren⁵⁶, war letztlich doch nicht konsensfähig.

Im Baskenland verhielten sich Bischöfe – unter Berufung auf das Gebot der Unparteilichkeit – im Kontext des ETA-Terrorismus wiederholt in missverständlicher Weise. Dies äußerte sich etwa dadurch, dass sie an Trauerfeierlichkeiten für Opfer des Terrors nicht teilnahmen oder sich für die Verbesserung der Haftbedingungen von inhaftierten ETA-Aktivisten einsetzten. Anfang 2000 kritisierte der Sprecher der baskischen Bischöfe sogar unverblümt die Haltung der konservativen Regierung, indem er bemerkte, den Frieden im Baskenland könne es nicht zum Nulltarif geben. Im Juni 2002 äußerten wiederum alle vier baskischen Bischöfe Kritik an der Regierung, indem sie sich gegen das geplante Verbot der ETA-nahen Partei *Batasuna* wandten und eine Verhandlungslösung anmahnten. Solche politischen Äußerungen führten stets zu harschen Reaktionen von Seiten der Exekutive, die der Kirche in den Autonomen Regionen vorwirft, sich für die Sache des Separatismus einspannen zu lassen. Auch die 2005 erfolgte Warnung des Bischofs von San Sebastián, Juan María Uriarte, dass die "rigide Anwendung des Gesetzes" ein Hindernis für den Frieden im Baskenland darstelle⁵⁷, führte zu heftigen Reaktionen insbesondere konservativer Politiker. In diesem Sinne wurden im Februar 2007 die baskischen Bischöfe von der dem PP nahestehenden *Fundación Gregorio Ordóñez*, die einen Teil der Opfer des ETA-Terrorismus vertritt, außerordentlich scharf angegriffen: Die baskischen Bischöfe stünden den Tätern stets näher als den Opfern.⁵⁸ Aber auch die Mehrheit der spanischen Bischöfe steht der Haltung ihrer Amtsbrüder in den "historischen" Regionen kritisch gegenüber, und sie beklagen vor allem die traditionelle Nähe des baskischen Klerus zum baskischen Nationalismus. Entsprechend muss auch das Dokument der spanischen Bischofskonferenz verstanden werden, das im Vorfeld der Parlamentswahlen vom März 2008 für einen Eklat sorgte, indem es erklärte, dass für Katholiken die Wahl einer Partei nicht möglich sei, die zu Verhandlungen mit der Terrororganisation ETA bereit ist.

55 LXXXVIII Asamblea Plenaria: "Orientaciones morales ante la situación actual de España" (23.11.2006), in: <<http://www.conferenciaepiscopal.es/documentos/Conferencia/OrientacionesSituacionActual.htm>> (20.2.2008).

56 *El Mundo* vom 22.6.2006.

57 *El País* vom 31.12.2005.

58 *El País* vom 3.2.2007.

Die als rückwärtsgewandt wahrgenommene Haltung der Kirchenleitung stößt aber auch bei Theologen und einer Vielzahl von kirchlichen Basisgemeinden, die vor allem in den seit 2006 bestehenden *Redes Cristianas* zusammengeschlossen sind, auf deutliche Kritik. Wie in anderen Ländern haben sich angesichts der als allzu rigide empfundenen Lehre der Kirche Gruppierungen bekennender Katholiken gebildet, die grundlegende institutionelle Reformen und eine Anpassung der Lehre an den tiefgreifenden Wandel fordern, den die Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten erfahren hat. Diese Katholiken berufen sich oftmals auf jene Bewegungen, die aus der Dynamik des Zweiten Vatikanischen Konzils entstanden waren und einen wesentlichen Anteil am Bruch zwischen Staat und Kirche während der Franco-Diktatur gehabt hatten. Hierzu gehörten auch "Arbeiterpriester", die sich ab den 60er Jahren in den wuchernden spanischen Vorstädten um die Belange der Industriearbeiterschaft bemühten. Diese Laien, Kleriker und Theologen waren im Verlauf der 80er Jahre im Zuge der durch den Vatikan verordneten Neuorientierung der Kirche immer weiter in die Defensive gedrängt worden und nehmen aus Sicht der Amtskirche heute eine Außenseiterrolle ein. In ihrem Selbstverständnis fühlen sie sich aber weiterhin als Impulsgeber eines völlig neuen Denkens, das die Kirche endlich mit der modernen Gesellschaft versöhnen und der Kirche eine Zukunftsperspektive geben soll. Sie sind der Überzeugung, dass andernfalls die Kirche als spirituelle Heimstatt und moralische Instanz völlig verschwinden wird. Auf der Suche nach neuen Wegen, um den Glauben zeitgemäß zu leben, befinden sie sich allerdings oft im Widerspruch zur offiziellen Lehrmeinung. Ihre Kritik bezieht sich im Konkreten besonders auf die Sexualmoral, das Zölibat und die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen etwa durch die Weigerung, Frauen zu Priesterinnen zu weihen. Ein bedeutender Teil dieser innerkirchlichen Kritiker, deren Anliegen in der spanischen Öffentlichkeit mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, hat sich in der 1981 gegründeten *Asociación de Teólogos Juan XXIII* zusammengeschlossen. Der gegenwärtige Generalsekretär dieser Vereinigung, der Theologe Juan José Tamayo, ist der Überzeugung, dass zwischen einem Teil der Gläubigen und der Amtskirche ein tiefer Graben verläuft und eine unüberbrückbare Entfremdung entstanden ist, auch wenn dieses Schisma anders als in früheren Zeiten nicht durch Exkommunizierungsverfahren sichtbar wird.⁵⁹ Wie in anderen Ländern weigert sich die spanische Amtskirche, mit den Kritikern aus den eigenen Reihen in einen Dialog zu treten, und die Maßregelung von Theologen hat auch in Spanien beträchtliche Ausmaße angenommen. Tamayo wurde Anfang 2003 durch die Glaubenskongregation zensiert, da

59 *El País* vom 12.10.2004.

diese befand, dass seine Veröffentlichungen gegen die katholische Lehre verstoßen würden. Der Theologe Juan Masiá, der an der Universidad Pontificia de Comillas lehrte, wurde seinerseits im Jahr 2006 von seinem Lehrstuhl entfernt, und der Vertrieb einer seiner bedeutendsten Schriften wurde unterbunden. Die Bischofskonferenz greift auch die Vereinigung *Juan XXIII* an. In einem Pastoral Schreiben vom März 2006 wurde den Theologen aufgrund ihrer Kritik an der Amtskirche und ihrer großen Präsenz in den Medien vorgehalten, zur Verwirrung unter den Gläubigen und zu deren Entfremdung beizutragen. Sie würden auf diese Weise vielen aufrichtigen Christen Leid zufügen und zusätzlich die Skeptiker gegen die Kirche aufbringen.⁶⁰

10. Schlussbemerkung

Auf den rasanten Verlust an Macht und Einfluss, den die Kirche seit Etablierung der demokratischen Gesellschaftsordnung erlebte, reagiert sie im Grunde hilflos. Nach wie vor geht sie davon aus, dass die große Zahl der Spanier, die angeben, an die Existenz Gottes zu glauben, oder die getauft wurden, automatisch Katholiken sind, die ohne eifrige Evangelisierungsarbeit dem "Neopaganismus" zum Opfer fallen würden. Die Amtskirche will nicht akzeptieren, dass heute nur eine Minderheit bereit ist, die katholische Lehrmeinung zu vertreten. Sie beharrt auf ihrem Wahrheitsanspruch und vertritt lautstark die Ansicht, dass jede Abweichung von ihrer doktrinären Position einem Angriff auf die Natur des Menschen gleichkommt. Die Kirche lebt in Spanien offensichtlich noch in der schönen Erinnerung an den "Nationalkatholizismus", als sie innerhalb der Gesellschaft normierend wirken konnte. Sie ist nicht in der Lage, die Existenz unterschiedlicher Wertvorstellungen oder die Spielregeln eines demokratischen Gemeinwesens zu akzeptieren, in dem Parlamentsmehrheiten Entscheidungen herbeiführen können, die auch Fragen der Moral betreffen. Aus dieser Erfahrung heraus kommt die Kirchenleitung wiederum zu der Schlussfolgerung, dass in einer demokratischen Gesellschaft Moral im Grunde nicht bestehen könne. Konflikte zwischen Amtskirche und einer säkularen Gesellschaft sind auf diese Weise unvermeidbar. Die Amtskirche versucht dabei (vergeblich), den Erosionsprozess aufzuhalten, den ihre Autorität innerhalb eines religiös neutral verfassten Gemeinwesens erfahren hat. Soziologische Untersuchungen wie die von Díaz-Salazar, Mardones oder Tamayo kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass die Polemik zwischen Amtskirche und weltlichen Instanzen oder die Missionierungsoffensive der Kirche keine nennenswerten Auswirkungen

60 LXXXVI Asamblea Plenaria: "Teología y secularización en España. A los cuarenta años de la clausura del Concilio Vaticano II. Instrucción Pastoral" (30.3.2006), in: <<http://www.conferenciaepiscopal.es/documentos/Conferencia/teologia.htm>> (20.2.2008).

auf den Grad der Religiosität in Spanien haben. Es gibt auch keine Indizien dafür, dass die Kirche gegenwärtig in der Lage wäre, die Orientierung der spanischen Gesellschaft mit Blick auf moralisches und soziales Verhalten zu verändern oder gar entscheidend zu prägen. Der Prozess der Abkehr von der Kirche ist trotz der vehement versuchten Re-Evangelisierung unaufhaltsam vorangeschritten. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich eine gut organisierte katholische Minderheit formiert hat, die bereit ist, für die Belange der Kirche einzutreten.

Bei aller Aggressivität im Auftreten verbirgt sich hinter der Haltung der Kirche aber auch eine tiefe Verzweiflung, wie die baskischen Bischöfe im Februar 2005 in einem gemeinsamen Dokument überraschend schonungslos feststellten: Die katholische Kirche "hat Schwierigkeiten, ihre Botschaft in die richtigen Worte zu fassen. [...] Es ist betrüblich festzustellen, dass niemand mit Klarheit weiß, wie wir handeln müssen und wie in dem heutigen soziokulturellen Umfeld Christen gewonnen werden können. [...] Zum ersten Mal seit dem 4. Jahrhundert sehen sich die katholische und die übrigen christlichen Kirchen in vielen Gegenden Europas damit konfrontiert, dass sie eine Minderheit darstellen. Diese Situation ähnelt immer mehr einer Diaspora, wie jene der in alle Welt zerstreuten jüdischen Minderheiten. [...] Die Welt und die Gesellschaft ändern sich grundlegend. Eine Welt verschwindet, und eine völlig andere entsteht. Die Kirche war in der untergehenden Welt verankert, und sie steht ratlos der gegenüber, die im Entstehen begriffen ist. [...] Die Gegenwart ist mühevoll, und die Zukunft präsentiert sich düster. Es macht sich Pessimismus breit, und das Selbstwertgefühl schwindet."⁶¹ Bei aller Verzweiflung bleibt die Kirchenleitung eine Gefangene ihrer eigenen Grundsätze, da sie davon überzeugt ist, an diesen nicht rütteln zu dürfen. Dies betrifft vor allem Fragen der Moral, die ohne jeden Zweifel die Hauptursache für die Entfremdung zwischen der Kirche und den Gläubigen sind. Die Kirche fürchtet um ihr gesamtes Lehrgebäude, wenn sie damit beginnen würde, Abstriche zu machen. So mag sie zwar ihre Reinheit bewahren; doch läuft sie auf diesem Weg Gefahr, zur unbewohnten Heimstatt zu werden.

Literaturverzeichnis

- Bernecker, Walther L. (1995): *Religion in Spanien. Darstellung und Daten zu Geschichte und Gegenwart*. Gütersloh.
- Blanch, Antonio (1988): *Crónicas de la increencia en España*. Santander.

61 "Renovar nuestras comunidades cristianas. Carta Pastoral de los obispos de Pamplona y Tudela, Bilbao, San Sebastián y Vitoria" (9.220.05), in: <<http://www.iglesianavarra.org/6105cuaresmaobispos.doc>> (20.2.2008).

- Calvo, Kerman / Montero, José Ramón (2002): "Cuando ser conservador ya no es un problema: religiosidad, ideología y voto en las elecciones generales de 2000". In: *Revista Española de Ciencia Política*, 6, S. 17-56.
- Carvajal, José de / Corral, Carlos (Hgg.) (1980): *Iglesia y Estado en España. Régimen jurídico de sus relaciones*. Madrid.
- Collado Seidel, Carlos (1993): "Kirche im Wandel". In: Bernecker, Walther L. / Collado Seidel, Carlos (Hgg.): *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*. München, S. 86-103.
- Díaz Mozaz, José María (1996): "El clero diocesano en España. ¿Cuántos son, quiénes son?". In: *Sal Terrae*, 991, S. 431-443.
- Díaz-Salazar, Rafael / Giner, Salvador (Hgg.) (1993): *Religión y sociedad en España*. Madrid.
- Fernández, Carolina (2005): "El mito de la España católica I". In: *Revista Fusión*, April <<http://www.revistafusion.com/2005/abril/temac139.htm>> (1.2.2008).
- Gomis, Joaquim (1996): "La asignación tributaria, ¿transitoria o definitiva?". In: *Iglesia Viva*, 183, S. 295-300.
- González Blasco, Pedro (Hg.) (2006): *Jóvenes españoles 2005*. Madrid.
- González Blasco, Pedro / González-Anleo, Juan (1992): *Religión y sociedad en la España de los 90*. Madrid.
- Juárez, Miguel (Hg.) (1994): *V Informe sociológico sobre la situación social en España: sociedad para todos en el año 2000*. 2 Bde. Madrid.
- Lamet, Pedro Miguel (1991): "Neopaganismo y nueva evangelización". In: *Iglesia Viva*, 156, S. 623-632.
- (1993): "La iglesia, en el corazón de la crisis". In: *Iglesia Viva*, 168, S. 561-570.
- Linz, Juan José / Montero, José Ramón (Hgg.) (1986): *Crisis y cambio: electores y partidos en la España de los años ochenta*. Madrid.
- Mardones, José María (2004): *La indiferencia religiosa en España. ¿Qué futuro tiene el cristianismo?* Madrid.
- Margenat Peralta, Josep María (1990): "La enseñanza de la religión en la escuela pública". In: *Iglesia Viva*, 149/150, S. 545-570.
- Martín Descalzo, José Luis (1982): *Tarancón, el cardenal del cambio*. Barcelona.
- Martínez de Velasco, José (1997): *Los Legionarios de Cristo. El nuevo ejército del Papa*. Madrid.
- Moncada, Alberto (1997): *Religión a la carta*. Madrid.
- Morán, María Luz / Cruz Cantero, Josefa (1989): *Problemas sociales: actitudes y opiniones de los españoles ante la natalidad, el aborto y la eutanasia*. Madrid.
- Orizo, Francisco Andrés (1991): *Los nuevos valores de los españoles. España en la Encuesta Europea de Valores*. Madrid.
- Orizo, Francisco Andrés / Elzo, Javier (Hgg.) (2000): *España 2000, entre el localismo y la globalidad. La Encuesta Europea de Valores en su tercera aplicación, 1981-1999*. Madrid.
- Pérez Díaz, Víctor (1987): *El retorno de la sociedad civil. Respuestas sociales a la transición política, la crisis económica y los cambios culturales en España, 1975-1985*. Madrid.

- Recio, Juan-Luis / Uña, Octavio / Díaz-Salazar, Rafael (1990): *Para comprender la transición española. Religión y política*. Estella.
- Sebastián Aguilar, Fernando (1988): "Las ambigüedades del progresismo". In: *Ecclesia*, 9.-16.4., S. 6-9.
- Secretariado Nacional del Clero (Hg.) (1971): *Asamblea conjunta Obispos-Sacerdotes*. Madrid.
- Tamayo, Juan José (2003): *Adiós a la cristiandad. La iglesia católica española en la democracia*. Barcelona.
- Tornos, Andrés / Aparicio, Rosa (1995): *¿Quién es creyente en España hoy?* Madrid.